



Ganzttag – Keine halben Sachen

Jin, Jiyān, Azādī!
Feministische Revolution
im Iran

Unsere Vertrauensleute
Interview: John A. Fuchs,
Oberschule im Park

Latzel und kein Ende
Reaktion einer
Religionswissenschaftlerin

Moment mal

„Ich muss Senatorin bleiben“

So läuft das Bremer Bildungsjahr 2023.
Eine satirische Vorschau.

Von Karsten Krüger

Der bildungsmagazin-Redaktion ist aus sicheren Quellen zugetragen worden, was sich 2023 bildungspolitisch so alles ereignen wird:

- 10. Januar:** Im LIS-Fortbildungsprogramm erscheint das Musical „Fack Ju Göhte“ (11./12. Februar, Metropol-Theater). „Ein Beitrag zur Qualitätsoffensive - nicht nur für Lehrkräfte (Eintritt frei)“, heißt es.
- 14. Mai:** Bürgerschaftswahl: Kurz nach 18 Uhr wird klar, dass es für Rot-Grün-Rot knapp reichen könnte. Was bedeutet das für die Bildung? Kurz nach der ersten Hochrechnung verspricht Andreas Bovenschulte im Siegestaumel auf der SPD-Wahlparty eine „Bildungsrevolution“.
- 26. Mai:** Nach elf Tagen Koalitionsverhandlungen gibt Sascha Aulepp nüchtern bekannt, dass sie Senatorin für Kinder und Bildung bleiben muss. Der Personalrat Schulen bietet ihr Hilfe zu den Themen „So gelingen Inklusion und Ganzttag wirklich“ an.
- 29. Mai:** Der in Rekordzeit gezeichnete Koalitionsvertrag wird der Presse vorgestellt. Der Bereich Bildung steht wieder ganz vorne (wie 2019). Die Überschriften lassen auf vier rosige Jahre hoffen (wie 2019). Akute Probleme werden zu „Herausforderungen“ (wie 2019). Konkrete Zielzahlen fehlen (wie 2019). Auch die außerparlamentarische Opposition meldet sich zu Wort: Die an der Fünf-Prozent-Hürde gescheiterte FDP fordert diesmal Noten nicht ab Klasse 3, sondern in der Kita ab dem 3. Lebensjahr.
- 1. August:** Zum Start des Kindergartenjahres fehlen genau 4711 Kita-Plätze. Negativrekord. Hunderte Kinder marschieren zum Bildungsressort, protestieren mit Schildern „Gebt den Kindern das Kommando“ und besetzen alle Büros.



In-Team

Neue Frise und zwei Preise

Die doppelte Beauty-Überraschung

Solche Erlebnisse hat man auch nicht oft. Der Friseurinnenladen um die Ecke hatte Jubiläum (85 Jahre). Zwei redaktionsnahe Frauen feierten mit, ohne dass das eine vorher von der anderen wusste. Hallo, welch ein Zufall, Prost und Fingerfood. Und Beautysortimente in der kleinen Tombola. Die Losziehung ergab: Erster Preis die Eine, zweiter Preis die Andere. Das war unerwartet witzig und eine Art vorweihnachtliche Bescherung. Die Männer überlegen noch...Ein gutes Omen für unsere Köpfe im nächsten Jahr. wm

- 16. August:** Nach den Sommerferien bleiben 197 Vollzeitstellen unbesetzt. Das Bildungsressort will den Lehrkräftemangel mit Quereinsteiger:innen und begleitender Qualifizierung bekämpfen. Die Maßnahmen sollen die Bildungsqualität steigern, heißt es. Beispiel: Sportler wie Olympiasieger Florian Wellbrock geben Schwimmunterricht. Qualifizierung durch pädagogische Bademeister. Deren Qualifizierung übernehmen Sport-Referendar:innen. Für deren Qualifizierung werden händeringend Sport-Fachleiter:innen gesucht.

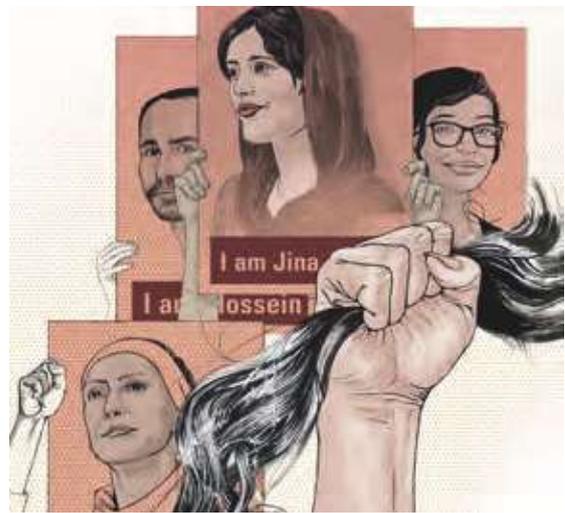
- 24. September:** Aulepp hat Geburtstag. Ihr sehnlichster Wunsch nach einem Tag ohne schlechte Nachrichten erfüllt sich nicht. Die CDU formuliert mal wieder eine wenig konstruktive Pressemitteilung und spricht von „Bildungsinfarkt“, „Schulkollaps“ und „Unterrichtsausfall-Drama“.
- 12. Oktober:** Buten un binnen und der Weserkurier melden übereinstimmend: Das Wintersemester 2023/24 für Lehramtsstudierende an der Uni Bremen beginnt fünf bis sieben Wochen später. Der Grund: Alle müssen an Schulen zwangsunterrichtet. Verlängerung bis zu den Weihnachtsferien möglich.

Inhalt

- 2 **Moment mal und In-Team**
- 4 **GEW Gremien**
Bremer Gewerkschaftstag, Jubilar-Ehrung, Bürgerschaftswahl, Mitgliederversammlung Bremerhaven, Betriebs- und Personalräte-Empfang, Teilpersonalversammlungen
- 10 **Zeitlupe: Soziale Klimapolitik**
Hans-Jürgen Urban
- **Schwerpunkt**
- 11 **Vorwort**
Karsten Krüger
- 12 **Ganzttag an der Schule Sodenmatt**
Paul Tiedemann
- 14 **Ganzttag: Aus Sicht eines Erziehers**
Dennis Ehmke
- 17 **Ganzttag: Aus Sicht der GEW-Bund**
Elke Suhr
- 18 **Ganzttag: Ein Fachkräftegespräch**
Karsten Krüger
- 21 **Der Ganzttagsorganisator**
Jens Carstensen
- 22 **Ganzttagkommentar aus Nds.**
Wencke Hlynsdóttir
- 24 **Ganzttag: Aus Sicht einer Schülerin**
Kaja Genzmer
- 25 **Ganzttag: Position des Personalrats**
Ekkehard Schröter



Frischlufft: Das könnte deine Schule sein Seite 50



Proteste im Iran

Seite 28

- **Bildung und Gesellschaft**
- 26 **Kolumne: Bildungspolitik**
Angelika Hanauer
- 28 **Gespräch über die Proteste im Iran**
Werner Pfau
- 31 **Blitzlichter einer Revolte**
Werner Pfau
- 35 **GEW in der Provinz**
Bernd Winkelmann
- 38 **Wertesystem des Westens**
Jochen Ströh
- 40 **Juden und Frauen**
Interview mit Romina Schmitter
- **Rubriken**
- 41 **Portrait: Vertrauensleute**
John A. Fuchs
- 42 **GEW intern:**
FG Oberschule/Sonderpädagogik, AK Arbeits- und Gesundheitsschutz, AK Frauen
- 45 **Nachruf**
Diethelm Knauf
- 46 **Briefe an die Redaktion**
- 47 **Gratulationen**
- 48 **Bücher und Medien**
- 50 **Frischlufft**
Wilfried Meyer
- 51 **GEW-Termine, Impressum**
- 52 **Seminar, Preisrätsel**

„Die Leute können nicht mehr“

Der GEW-Gewerkschaftstag und der Fachkräftemangel

Von Elke Suhr und Barbara Schüll

Der Gewerkschaftstag der GEW Bremen stand ganz im Zeichen des akuten Fachkräftemangels.

Er ist das höchste Gremium des Landesverbandes. Die rund einhundert Delegierten und Mitglieder treten einmal pro Jahr zusammen. Die im vergangenen Jahr neu gewählten Delegierten haben im Bürgerzentrum Vahr über die Grundlinien der Gewerkschaftspolitik beraten.

Protest in der Mittagspause

In einer aktiven Mittagspause protestierten die Delegierten für bessere Arbeitsbedingungen. „Die Leute können nicht

mehr“, so der allgemeine Tenor. Denn in Vollzeit ist die Arbeit in Schule oft nicht mehr zu bewältigen. In diesen Zeiten eine Stundenreduzierung bei Lehrkräften und mehr Vor- und Nachbereitungszeit für Erzieher*innen und andere pädagogische Fachkräfte zu fordern, mag zwar paradox erscheinen, aber wenn nichts passiert, wird das weitere Beschäftigte in andere Bundesländer oder in Krankheit treiben und die dringend benötigten neuen Pädagog:innen abschrecken. Personal ist gerade jetzt eine der wichtigsten Ressourcen, die besonders gepflegt werden muss. Das sollte auch die Arbeitgeber wissen.

Zu wenig Zeit für Bildungsqualität

Insbesondere Grundschullehrkräfte reduzieren häufig ihre Unterrichtsstunden, um wieder in der Lage zu sein, in allen Stunden einen guten Unterricht machen zu können. Die Anforderungen, die durch die nicht-unterrichtenden Tätigkeiten anfallen, sind enorm und sehr zeitintensiv. Auch Erzieher*innen benötigen wesentlich mehr Zeit, um sich auf die anspruchsvolle Tätigkeit in den Schulen gut vorzubereiten. Deshalb fordert die GEW Bremen auch eine deutliche Erhöhung der festgelegten Vor- und Nachbereitungszeiten für Erzieher*innen



Da ließ sich gut beraten und diskutieren: Der GEW-Gewerkschaftstag im Bürgerzentrum Vahr. (Foto: GEW)



und andere pädagogische Fachkräfte. Entsprechendes gilt für die Kitas. Auch hier ist Entlastung überfällig. Es muss in beiden Städten des Landes ausreichend Angebote einer berufsbegleitenden Qualifikation für Quereinsteigende geben.

In Workshops wurde über die neuen Grundlinien der Gewerkschaftspolitik diskutiert.

(Foto: GEW)

Solidarität mit Lehrkräften in Russland

Mit einem Dringlichkeitsantrag erklärte die GEW Bremen ihre Solidarität mit den russischen Kolleg*innen.

In Russland haben mehr als 5000 Lehrkräfte eine Petition gegen den Ukraine-Krieg unterzeichnet. Dafür drohen ihnen Entlassung und Verfolgung. Die GEW rief

zu Solidaritätsadressen auf. In Russland braucht es derzeit viel Mut, sich gegen den Krieg in der Ukraine zu positionieren. Tausende Lehrkräfte haben es trotzdem gewagt und setzten damit ein starkes Zeichen für den Frieden. Es ist der größte Protest der Lehrkräfte in Russland seit mehr als 30 Jahren. ■



Vor und nach den Beratungen ging es in einer aktiven Mittagspause raus auf die Straße zum Demonstrieren.

(Foto: Inge Kleemann)

Oft nur gut klingende Floskeln

Parteiencheck zu den Themen Bildungsgerechtigkeit und Arbeitsbelastung

Von Elke Suhr



Elke Suhr, Landesvorstandssprecherin

Mein Stichwort war „Gerechte Bildungschancen“. In alphabetischer Reihenfolge habe ich mich bei den demokratischen Parteien der Bremer Bürgerschaft auf die Suche gemacht.* Für die CDU sind „gleiche Bildungschancen ein zentraler Bestandteil sozialer und gesellschaftlicher Gerechtigkeit“. Die FDP fordert „eine bestmögliche Bildung für alle Menschen [...] (als) Basis für die Zukunft unserer Gesellschaft.“ Die Grünen fragen wie gewährleistet werden kann, „dass alle Kinder und Jugendlichen zu ihrem Recht auf gute Bildung kommen?“ Die Linken wollen „ein Bildungssystem, in dem soziale und kulturelle Vielfalt nicht zu Benachteiligungen“ führt und dass „Armut oder Reichtum [...] nicht über die Zukunftschancen eines Kindes“ entscheidet. Die SPD kämpft „für Chancengerechtigkeit für jedes Kind.“ Sie „stehen dafür ein, dass alle Kinder – egal wo sie herkommen, wo sie wohnen oder wie reich ihre Eltern sind – die bestmögliche Bildung erhalten.“

Und die Umsetzung?

Eine ehrliche Analyse zur Umsetzung findet sich nicht. Wer gute Bildung für alle fordert, muss den Kindern und Jugendlichen, die auf mehr Unterstützung angewiesen sind,

auch mehr Ressourcen zukommen lassen, deutlich mehr. Schulen und Kitas im sogenannten sozialen Brennpunkt müssten radikal besser ausgestattet werden; durch wesentlich kleinere Klassen/Gruppen, mehr multiprofessionelles Personal und gute Raumkonzepte. Das heißt dann aber auch, dass die anderen Standorte diese Besserstellung nicht erfahren. Und das will keine Partei den Wähler*innen sagen. Und da viele Menschen im sozialen Brennpunkt oft keine Stimme haben, verbleiben die Parteien in gut klingenden inhaltslosen Allgemeinwortschöpfungen. Dabei könnte auch dieser Ansatz gut vermarktet werden. Denn wenn die Brennpunktstandorte attraktiver werden, würden diese langfristig auch wieder für Familien mit bildungsprivilegiertem Hintergrund interessant und die Klassen bzw. Gruppen würden sozial heterogener. Die Arbeitsbelastung des Personals würde sich verbessern und die Arbeitsorte wieder attraktiver.

Der lange Weg zur Attraktivität

Und damit bin ich beim Thema Arbeitsbelastung. Im Koalitionsvertrag steht, dass geprüft werden soll, „wie durch weitere Veränderungen in den Arbeitsbedingungen und der Arbeitszeitgestaltung der Beruf des Lehrers auch im Vergleich mit anderen Bundesländern, insbesondere Niedersachsen, attraktiv gehalten wird.“ Da ist leider nichts passiert. Die Arbeitsbelastung für Lehrkräfte und anderes pädagogisches Personal ist weiterhin viel zu hoch. Die CDU spricht von der Notwendigkeit hoch motivierte Lehrkräfte zu haben (andere Berufsgruppen nennt sie nicht) und dass diese hohe Motivation augenblicklich durch die Rahmenbedingungen vielfach zerstört wird. Bei der FDP finde ich hierzu nichts. Die Linken fordern im Bereich der Kitas definier-

te Zeiten für Vor- und Nachbereitung und Entlastung für Anleiter*innen und ältere Kolleg*innen. Die Grünen verfolgen den neoliberalen Ansatz, dass die Schulen durch „weitreichende Entscheidungsbefugnisse in Bezug auf die schulbezogene Personalgewinnung und Personalentwicklung (...) die negativen Auswirkungen des Fachkräftemangels bestmöglich abmildern“ können. Immerhin sprechen sie sich für bezahlte Teamzeiten für Assistentenkräfte aus, wollen Lehrkräfte von Verwaltungsaufgaben entlasten und über die Arbeitszeit der Lehrkräfte sprechen. Als Expert*innen bieten wir uns da sofort an. Und die SPD spricht immerhin von der Notwendigkeit pädagogische Berufe attraktiver zu gestalten, zum Beispiel durch Doppelbesetzungen und der Anerkennung ausländischer Abschlüsse.

Einmischen und demonstrieren

Als GEW müssen wir uns in diesen Wahlkampf einmischen und unsere Forderungen nach außen tragen. Nehmt an euren Personalversammlungen teil, unterstützt die Aufrufe zu den öffentlichen Aktionen im Dezember und März. Sicher ist, dass wir abschließend gemeinsam am 4. Mai 2023 in Bremen demonstrieren wollen.

*Koalitionsvertrag, Parteien-Websites (Stand 20.11.22)



Krise oder Katastrophe

Marianne Demmer auf der Mitgliederversammlung der GEW Bremerhaven



Von Bernd Winkelmann

Auf der mit fünfzig Kolleg*innen besuchten Mitgliederversammlung der GEW Bremerhaven schätzte Marianne Demmer fundiert die Situation der Bildung in der Bundesrepublik ein. Diese ist tatsächlich zugespitzt, krisenhaft oder gar katastrophal, und manchmal hilft geschichtliche Kenntnis. Marianne leitete 16 Jahre bis 2013 den Bereich „Schule“ beim Hauptvorstand der GEW, war maßgeblich an der Erstellung der Schulpolitischen Positionen 2001 als einem Leitpapier beteiligt und veröffentlichte jüngst ein Buch zu 100 Jahren „Schulreform in Deutschland“. Vor diesem Erfahrungsschatz liegt es nahe, zunächst begriffliche Klarheit zu schaffen: Krisen stellen eine Gefährdung dar, gehen aber vorüber. Katastrophen hingegen sind dauerhaft, differenzierte die Referentin. In den 60er und 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts, so die historische Anknüpfung, gehörte der Begriff „Bildungskatastrophe“ zum gängigen Vokabular.

In der Konkurrenz zu anderen Krisen

Zu dieser Zeit wurde die Befürchtung formuliert, den „Kalten Krieg“ zu verlieren. Um ökonomisch, politisch und militärisch nicht ins Hintertreffen zu gelangen, sollten „Begabungsreserven“

gehoben werden, insbesondere auch in der BRD mit ihrem geringen Abiturient*innenanteil. Dazu legte der Deutsche Bildungsrat einen Strukturplan und diverse Gutachten vor. Schon damals konkurrierte das Verständnis von guter Bildung zwischen einer ökonomischen und einer die Demokratie stärkenden Sichtweise. Damit sind wir ziemlich schnell in der Gegenwart angelangt. Unbestritten, das hob Marianne hervor, gibt es derzeit viele Krisen. In der Konkurrenz zu den anderen wird die Bildungskrise jedoch nur anlassbezogen wahrgenommen und die ständige Wiederholung von Forderungen führe zu Gleichgültigkeit.

Machbare Vorschläge und junge Menschen

Marianne plädierte als Aufgabe der GEW, machbare Vorschläge vorzutragen, junge Menschen intensiver einzubeziehen und auch praktisch zu zeigen, was „attraktive“ Arbeitsplätze auszeichnet. Die Zusammenhänge zwischen den großen Weltkrisen seien zu erforschen und zur Orientierung im politischen Handeln zu nutzen, um die Krise nicht endgültig in eine Katastrophe münden zu lassen. ■

Hilko Beloch sprach auf Senatsempfang



Eine beeindruckende Rede hielt der Betriebsratsvorsitzende des Martinsclubs Hilko Beloch (GEW) beim Senatsempfang für Personal- und Betriebsräte im Rathaus. Er sprach über die derzeit prekäre Lage der Inklusion in Bremer Schulen. Vehement forderte er eine bessere finanzielle Ausstattung ein. Diese Botschaft hörte auch Gastgeber und Bürgermeister Andreas Bovenschulte. Viele seiner Kolleginnen und Kollegen bedankten sich danach für seinen Beitrag. (krü) ■

Ein Teil der GEW-Delegation beim Senatsempfang (von links nach rechts): Elke Suhr, Hilko Beloch, Stefan Beloch-Czerbinski, Dennis Ehmke und Corinna Genzmer (Foto: Susanne Carstensen)

Der eigene Anspruch, die Arbeitsbedingungen und der Käfig

Teil-Personalversammlungen in Bremen und Bremerhaven

Von *Corinna Genzmer und Elke Suhr*

Am 15. November fand die Teilpersonalversammlung (TPV) für alle Beschäftigten an den Zentren für unterstützende Pädagogik (ZuP), an Förderzentren, an Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren (ReBUZ) und in Diagnostikteams im Schlachthof (Bremer Bürgerweide) statt. Die gut besuchte TPV hatte die Überschrift „Sonderpädagogik im Wandel“. Es wurde über die unterschiedlichen Konzepte in der Sonderpädagogik informiert. Das Modellkonzept zur systemischen Ausstattung mit Assistenzleistungen, das an drei Grundschulen im Bremer Westen erprobt wird, erzeugt gerade unter Lernbegleitern viele offene Fragen und auch Ängste. Es wurde insgesamt resümiert, dass es wichtig wäre, bei von der SKB initiierten Vollversammlungen alle Beschäftigten über Konzeptneuerungen zu informieren und auf ihre Fragen einzugehen.

Größere Tretmühle

Bei drei Teil-Personalversammlungen (TPV) in Bremerhaven, die im Oktober und November stattfanden, zeigten sich alle Beschäftigten entsetzt über die Rahmenbedingungen. Zwischen dem eigenen Anspruch, das bestmögliche für die Schüler*innen rauszuholen und den unzumutbaren Arbeitsbedingungen gefangen, befürchteten viele nicht gesund zu bleiben. Die Anwesenden bekräftigten, dass sie ihren Beruf grundsätzlich gerne ausüben, aber oft an ihre Grenzen kommen. Diese Tretmühle ist insbesondere in den vergangenen Jahren noch einmal eklatant angestiegen. Arbeitszeitverdichtung, höhere Ansprüche von Seiten der Behörden und keine wirkungsvollen Maßnahmen zur Entlastung tragen dazu bei. Insgesamt bestachen die TPVs dadurch, dass die Anwesenden, neben ihrer eigenen Belastung, immer die Schüler*innen im Blick hatten, die letztendlich diese Misere ausbaden.

Mehr Mitbestimmung

Eine pädagogische Mitarbeiter*in, sagte, dass sie nicht aufstücken würde, denn „mehr von dem Wahnsinn möchte ich nicht.“ Die Lehrkräfte zeigten sich frustriert darüber, dass eine große Anzahl an Schüler*innen nicht mehr das bekommt, was sie benötigen würden. Vehement forderten die Kolleg*innen in allen

Personalversammlungen eine bessere personelle Ausstattung für die Schulen, insbesondere auch für die Schüler*innen, die einer besonderen Förderung bedürfen. Sonderpädagogische Ressourcen müssen wieder bei den Schüler*innen mit Förderbedarf ankommen. In Zeiten des Fachkräftemangels die Anforderungen an Abschlussprüfungen zu erhöhen, mutet deshalb besonders bizarr an. Nach intensiven Diskussionen beschloss die TPV der Sekundarschulen die Senatorin aufzufordern, die konkreten Bremer Abiturvorgaben prinzipiell realistisch, also in der Reflexion auf die Gegebenheiten des Bremer Schulsystems und der der Schülerschaft zugrundeliegenden Sozialstruktur, zu formulieren. Reformen des Bremer Abiturs sollen nicht einseitig behördlich festgelegt werden, sondern mit den Expert*innen in den Schulen, also den Lehrkräften verhandelt werden.

Weniger Unterrichtsverpflichtungen

Die Teilnehmer*innen der TPV der Grund- und der Sekundarschulen forderten einstimmig die Rücknahme der Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung um zwei Stunden von 1997 und dass zusätzliche Aufgaben nur angeordnet werden können, wenn gleichzeitig eine Entlastung an anderer Stelle stattfindet. Alle Streichungen von vorher gewährten Entlastungen sollen zudem zurückgenommen werden. Insbesondere in Zeiten des Fachkräftemangels ist der Arbeitgeber gefordert, das vorhandene Personal als wichtige Ressource zu pflegen und zu binden. Dazu gehören natürlich gute Arbeitsbedingungen, aber auch feste Arbeitsverträge und Qualifikationsangebote. Hierzu forderte die TPV der nicht unterrichtenden Pädagog*innen berufsbegleitende Qualifikationsangebote zur Erzieher*in bzw. Sozialpädagog*in.

Die zentralen Forderungen der Beschäftigten: Zusätzliche Aufgaben können nur dann angeordnet werden, wenn gleichzeitig eine Entlastung an anderer Stelle stattfindet; Reduktion der Klassen- und Kursgrößen; Bedarfsgerechte Zuweisung für Sozialpädagogik und Sonderpädagogik, auch in den Schulen der Sekundarstufe 2; Mehr qualifizierte technische Fachkräfte für die Schulen; Entschlackung der Lehrpläne und weniger Dokumentationspflichten. ■

Die sozialökologische Transformation

Gedanken zu einer integrativen Klimapolitik

Von Hans-Jürgen Urban

In den 80er Jahren war die verbreitete Unternehmensphilosophie noch Diversifizierung der Konzernstrukturen. Dabei wurde auch die Frage »Wie können Automobilkonzerne zu Mobilitätskonzernen entwickelt werden?« diskutiert. Es folgte dann aber der Wandel hin zum Shareholderkapitalismus. Und der fokussiert sich auf das Kerngeschäft. Alles, was nicht in kurzer Zeit seine Rendite nachweisen kann, hat in diesen Strategien so gut wie keine Chance mehr. Das hat die Bedingungen verschlechtert, unter denen wir die Diskussion über ökologische, nachhaltige Produktion führen können. Diese Dominanz der Finanzmarktregeln in den Unternehmen hat dazu geführt, dass auch fortschrittliche Ansätze in Richtung einer ethischen Unternehmensführung ungeheuer erschwert wurden.

Eine Jahrhundertaufgabe

Wir haben eine historische Aufgabe: Sie besteht darin, die ökologische zu einer sozialökologischen Transformation zu machen. Wenn sie so ablaufen sollte, dass die Beschäftigten in den rohstoffintensiven Branchen von vornherein die Verlierer*innen sind, kann nicht erwartet werden, dass sie das mittragen. Verfolgt man das Ziel der ökologischen Transformation, muss man daher gleichzeitig dafür sorgen, dass diese Menschen nicht die Verlierer*innen des Prozesses sind. Es bedeutet anzuerkennen, dass die im heutigen Exportmodell Deutschlands vorhandene Dominanz der Automobilindustrie nicht auf ewig fortexistieren kann. Und dass der Individualverkehr mit dem Auto insgesamt an Bedeutung verlieren wird. Schon heute kommt es in der Automobilindustrie zum Verlust von Arbeitsplätzen. Es bedeutet aber auch, dass es in einer ökologisch verträglicheren Automobilindustrie weiterhin eine zu rechtfertigende Perspektive für die Arbeitenden gibt, wenn die Produkte und Verfahren angepasst werden. Zugleich können rund um eine grün-elektrifizierte Autoherstellung neue Arbeitsplätze entstehen, die neue Perspektiven bieten. Eine Strategie zu formulieren und politisch in Angriff zu nehmen, die dem ökologischen Imperativ Rechnung trägt und den Betroffenen soziale Perspektiven eröffnet, das ist die Aufgabe der Gewerkschaften - eine echte Jahrhundertaufgabe.



Hans-Jürgen Urban
(Foto: IG Metall)

Neue Wirtschaftsdemokratie

Ökologisch nachhaltige Produkte mit Beschäftigungsperspektiven brauchen strategische Investitionen und Investitionsbereitschaft. Hektisches Schielen auf kurzfristige Renditen und maximale Dividenden für die Aktionäre sind da kontraproduktiv. Klingt revolutionär. Keineswegs, aber es wird sich nicht im Selbstlauf vollziehen. Es braucht erstens umfassende, ausgebaute Mitbestimmung der Interessenvertretungen, auch bei wirtschaftlichen Fragen. Es braucht zweitens öffentliche Mittel. In der Stahlindustrie etwa werden die Profite der Unternehmen nie und nimmer ausreichen, um die notwendigen Investitionen für die Umstellung der Koks-Stahl-Produktion auf grünen Wasserstoff zu finanzieren. Dabei ist klar: Wer den öffentlichen Personennahverkehr oder die Windenergie ausbauen will, braucht mehr und nicht weniger Stahl. Kurzum, wer nicht schnelle Gewinne, sondern eine nachhaltige Industrie und eine intakte Natur im Blick hat, der darf die Dinge nicht gewinnorientierten Märkten überlassen. Der muss politisch intervenieren. Auf der Grundlage demokratischer Entscheidungen und in sozialer Verantwortung. Ich spreche hier von einer sozial-ökologischen Wirtschaftsdemokratie.

Ökologie der Arbeit

Ohne Demokratie und gleichzeitige Einschränkung kapitalistischer Verfügungsgewalt, die sich auf Eigentumstitel beruft, kann das nicht funktionieren. Die Gewerkschaften bleiben die Interessenvertretung der abhängigen Arbeit, aber es braucht einen erweiterten Interessenbegriff, der die Verantwortung für die Arbeit durch Verantwortung für die Gesellschaft und für die Natur ergänzt. Gute Gewerkschaftspolitik ist Politik, die sich vor allen drei Maßstäben bewährt. Eine solche Ökologie der Arbeit hat durchaus eine implizite Ethik.

Vortrag Dr. Hans-Jürgen Urban: Politische Bündnisse für eine soziale Klimapolitik; **Do., 2. Februar 2023, 17-18:30 Uhr**, Arbeitnehmerkammer Bremen, Kultursaal, Anmelden unter: **0421 36301-985**. Im VSA-Verlag ist gerade Urbans neues Buch „Gute Arbeit in der Transformation. Über eingreifende Politik im digitalen Kapitalismus“ erschienen.



Schwerpunktthema:

Wenn Notbetreuung keine Seltenheit mehr ist

Ganzttag – Keine halben Sachen

Von *Karsten Krüger*

„Den Ganzttag einzuschränken ist im Interesse der Kinder keine Perspektive.“ Wo Sascha Aulepp Recht hat, da hat sie Recht. Die Bildungssenatorin hat dem bildungsmagaz!n signalisiert, dass ihr Ganzttagsschulen am Herzen liegen. „Sie schaffen Raum und Zeit, damit sich alle Kinder und Jugendlichen erproben, entwickeln und entfalten können.“ Stimmt auch. Aber wie ist das bei akutem Fachkräftemangel abzusichern? Aulepp weiter: „Wir müssen mehr Personen in die Ganzttagsschulen holen, auch wenn sie keine pädagogische Ausbildung haben.“ Hier wird es problematisch, um gute Bildung für die Jüngsten zu gewährleisten. Das ist jedenfalls der Eindruck unserer Autorinnen und Autoren, die wir zum Thema „Ganztagsrealität“ angefragt ha-

ben. Sie erleben die Rahmenbedingungen täglich hautnah. In ihren Texten und Berichten wird deutlich, dass die Themen Personalmangel und Bildungsqualität zusammen verbessert werden müssen.

Unbesetzte Stellen, Schwangerschaften und Erkrankungen führen derzeit zu Notbetreuungen in einigen Ganzttagsschulen. Weitere Schulen haben ihr Ganztagsprogramm reduziert oder unterbrochen. Das Ziel der Bildungsbehörde, alle Grundschulen „perspektivisch“ zu gebundenen Ganzttagsschulen auszubauen, erscheint so illusorisch. Gleiches gilt für die Verpflichtung der Bundesländer, allen Schüler:innen ab 2026 ein ganztätiges Angebot machen zu müssen. Die Bildungsbehörde weiß um die Probleme und formuliert deshalb betont vorsichtig, ob das alles erreichbar ist: „Inwieweit

dies baulich, personell und finanziell dargestellt werden kann, wird derzeit erarbeitet.“

Um nicht aus ganz dem Auge zu verlieren, wie ein gut funktionierender Ganzttag aussehen müsste, haben wir bei der Fotoserie in diesem Heft „Bildungsmenschen“ gebeten, das in diesem Bereich Notwendige und Wünschenswerte zu formulieren. Herausgekommen sind eindringliche Appelle und natürlich auch wieder ausdrucksstarke Porträts unserer Fotografin Susanne Carstensen.

Die Redaktion wünscht viel Spaß beim Lesen und dabei wieder den einen oder anderen Erkenntnisgewinn. Über Rückmeldungen - nicht nur zu diesem Schwerpunkt - freuen wir uns.

Ein Notplan folgt dem nächsten

Ganztagsrealität an der Grundschule Sodenmatt in Huchting. Eine akute Problemlage.

Von Paul Tiedemann

Ich arbeite als Erzieher in der 2020 neu gegründeten gebundenen Ganztags-Grundschule Sodenmatt in Huchting. Wir arbeiten jahrgangsübergreifend in Lernhäusern, die wiederum in kleinere Lerngruppen unterteilt sind. Eine Schulstunde dauert 60 Minuten, und die Projektarbeit steht bei uns in Vordergrund. Mit diesen Ideen ist die Schule



Paul Tiedemann, Erzieher

gestartet, mit vielen jungen und einigen älteren Lehrer:innen, Sonderpädagog:innen und Erzieher:innen voller Ideen und dem Wunsch, die Bedürfnisse der Kinder in den Mittelpunkt unserer Arbeit zu stellen.

Zu wenig Doppelbesetzungen

Im ersten Jahr - trotz Corona-Lockdown und Notbetreuung - schafften wir es, mit viel Einsatz und Herzblut die Situation für die Kinder erträglich zu machen.

Aber es wurde schwieriger. Unsere Personaldecke war, wie unsere Senatorin Sascha Aulepp sagen würde, knapp auf Kante genäht. Durch Langzeiterkrankungen, Tätigkeitsverbot von werdenden Müttern und Elternzeit fehlten uns am Anfang dieses Schuljahres sieben Kolleg:innen, und das bei 160 Schülern! Doppelbesetzung während des Unterrichtes war so gut wie nie möglich. Die Folge ist, dass gerade wir Erzieher:innen sehr viel springen müssen. Im Schuljahr 2021/22 führte das dazu, dass ich zwar feste Arbeitszeiten hatte, aber keinen festen Stundenplan. Der Vertretungsplan ließ mich durch alle Lernhäuser springen. Die Möglichkeit, zu einzelnen Kindern stabilisierende Beziehungen aufzubauen, war und ist zum Teil immer noch stark eingeschränkt.

Zu wenig Beziehungsarbeit

Dabei ist die Beziehungsarbeit nach den letzten Corona-Jahren enorm wichtig. Wir haben viele Kinder mit einem erhöhten Förderbedarf, besonders im Sozialen Emotionalen Bereich. Persönliche Assistenzen haben wir aber keine! Bei einigen Förderanträgen geht die Bearbeitung bald ins zweite Jahr. Wir Erzieher:innen versuchen, das zu kompensieren, aber da wir selten in Doppelbesetzung sind, können wir das nicht leisten. Die Lage wird noch weiter verschärft, wenn es zu Erkrankungen im Kollegium kommt. Dann werden nämlich die Kinder aus den betroffenen Lerngruppen auf die anderen Lerngruppen aufgeteilt. Ein Notplan folgt dem nächsten, und es entsteht dadurch eine Menge Stress bei uns Erwachsenen, aber vor allem bei den Kindern.

Zu wenig Kitaplätze

Dazu kommt, dass wir immer mehr Kinder haben, die gar kein oder nur wenig Deutsch können. Leider haben wir keine temporäre Lerngruppe für diese Kinder in unserer Schule. Diese Gruppe von Schülern ist natürlich stark gefrustet. Sie können nur wenig bis gar nicht am Unterricht teilnehmen. Einige Kolleg:innen haben versucht, rudimentär die Muttersprache dieser Kinder zu lernen, was half, aber nicht die Sprachbarriere generell aufhob. Dieses Problem der Sprachbarriere wird sich in den nächsten Jahren verschärfen, da in Huchting momentan 129 Kitaplätze fehlen, wo die Kinder eigentlich einen Kontakt zur deutschen Sprache bekommen sollten.

„Öffentlichkeit schaffen“

Ende September war das Maß dann voll. In einer Besprechung zur Suche nach Lösungsmöglichkeiten wurde es klar, dass wir mit Selbstoptimierung der Arbeitsprozesse nicht mehr weiterkommen können. Die Lösung lag auf der Hand: Wir müssen die Verantwortlichen zum Handeln zwingen. Aber wer ist der richtige Adressat, um unsere Probleme zu lösen? Die Schulleiterin? Nein - ich bin nicht immer glücklich mit ihren Entscheidungen, aber ich erkenne an, dass sie ihr Men-



schenmöglichstes versucht, die Lage zu stabilisieren, und häufig als Erste die Schule betritt und als Letzte diese wieder verlässt. Die richtigen Adressaten sind die Gesellschaft, die Politik und die Senatorische Dienststelle für Kinder und Bildung nebst ihrer Führungsriege. Wir haben uns vor den Herbstferien ordentlich Gehör verschafft. Es wurde in der Presse über uns berichtet; wir haben Gefährdungsanzeigen geschrieben, den Stadtteilbeirat besucht und unsere Problemlage geschildert

„Empört euch“

Wir haben den Personalrat Schulen eingeschaltet, der sich für uns in der Behörde starkgemacht hat und auch die GEW hat ihr Scherflein dazu beigetragen. Nach den Ferien hat sich die Lage auf ein erträgliches Maß entspannt. Wir haben neue Kolleg:innen bekommen, und die Hans-Wendt-Stiftung unterstützt uns mit Beratung. Wir haben gebrauchte Schulmöbel durch die Vermittlung des Stadtteilbeirates erhalten. Sind wir jetzt all unsere Sorgen los? Nein, aber wir haben einen Anfang gemacht. Sollte jemand ähnliche Probleme an seiner Schule kennen, so ist mein Rat: Hört auf, die Schuld bei euch zu suchen. Empört euch! Bildet Arbeitsgruppen! Wendet euch an die GEW und lasst euch beraten! Zwingt die Politik und die Gesellschaft, eure Probleme zu sehen! Denn schließlich wird im Mai eine neue Bürgerschaft gewählt. ■



Niklas Schönberg, Sonderpädagoge an der Grundschule Pastorenweg in Gröpelingen

Eine Ganztagschule kann nur unter bestimmten Voraussetzungen erfolgreich sein. Es müssen genügend Lehrkräfte, pädagogische Mitarbeiter*innen und sonstiges pädagogisches Personal eingestellt werden. Der Großteil des Unterrichts muss im Vormittag stattfinden, da viele Kinder nachmittags damit überfordert werden. Eltern müssen die Chance haben, ihre Kinder vom Ganztage abzumelden, da Kinder Zeit mit ihrer Familie haben sollten.

Foto: Susanne Carstensen

So eine Art Betreuungsangebot

Ganztagsschule Delfter Straße endet nicht um 13 Uhr. Ein Erzieher berichtet

Von Dennis Ehmke



Dennis Ehmke, GEW- Stadtverbandssprecher

Liebe Kolleg:innen, seit dem Schuljahr 2015/2016 arbeite ich als Erzieher an einer offenen Ganztagsschule Delfter Straße (Grundschule) in Bremen. Als meine Tätigkeit im offenen Ganzttag begann, war ich sehr enthusiastisch und von der Einführung persönlich, pädagogisch und auch politisch überzeugt. Zu meinem großen Bedauern musste ich feststellen, dass meine eigene inhaltliche und pädagogische

Überzeugung in den vergangenen fünf Jahren sehr ins Wanken geraten ist. Aktuell erlebe ich immer mehr, dass der offene Ganzttag zu einer Art von Betreuungsangebot verkommen ist und aktuell nicht mehr als pädagogisches Angebot an die Schüler:innen wahrgenommen werden kann.

Mehr als 25 Schüler:innen

Woran liegt das? Zum einen ist die Schüler:innen-Erzieher:innen-Relation immer mehr gestiegen, welches bedeutet, dass viele Gruppen im offenen Ganzttag mittlerweile größer als 21 Schüler:innen sind. Ich habe Gruppengrößen von mehr als 25 Schüler:innen in meiner alltäglichen Arbeit erlebt. Bei solch großen Gruppen kann man als Fachkraft nicht mehr von einer pädagogischen Tätigkeit, sondern höchstens von einer betreuerischen Tätigkeit sprechen. Ein individuelles, auf die Bedürfnisse der einzelnen Schüler:innen abgestimmtes pädagogisches Handeln und Wirken, ist dann schwierig.

Fachkräfte für Inklusion fehlen

Völlig unverständlich ist für mich ebenfalls, das für die Schüler:innen mit einem Forder- bzw. Förderbedarf häufig keine Fachkräfte für Inklusion bzw. Assistenzkräfte für den Ganztagsbetrieb genehmigt werden. Es scheint immer noch nicht bei der sozialsenatorischen Behörde angekommen zu sein,

dass die Ganztagsschule nicht um 13 Uhr endet und dass die Schüler:innen ebenfalls eine Unterstützung bzw. Förder- oder Förderung am Nachmittag für ihre persönliche, individuelle Enzwicklung benötigen.

Beziehungsarbeit so nicht möglich

Ein weiteres gravierendes Problem ist der allgemein bekannte Fachkräftemangel in den sozialen Berufen; dies führt immer mehr dazu, das Studierende oder auch nicht ganz voll ausgebildete Kolleg:innen im pädagogischen Bereich des Ganztags tätig sind. Dies führt zu einer hohen Personalfuktuation und macht eine kontinuierliche, inhaltliche und pädagogische Team-Konzeptentwicklung dauerhaft unmöglich. Aufgrund dieser Personalfuktuation ist keine sinnvolle, belastende und von Vertrauen geprägte Beziehungsarbeit mit den Schüler:innen mehr möglich. Diese ist aber für deren individuelle Entwicklung dringend von Nöten. Die Einarbeitung und die Unterstützung der nicht vollqualifizierten Kolleg:innen stellt eine erhebliche Mehrbelastung für die vorhandenen Kolleg:innen da.

Dies ist keine Kritik an den handelnden Personen, die jeden Tag ihr Bestes geben, um einen geregelten Ablauf des Ganztagsbetriebes sicherzustellen und um den Eltern und Schüler:innen eine Form von Verlässlichkeit und Sicherheit zu bieten bzw. zu ermöglichen. Vielleicht mag meine Sicht auf die aktuellen Ganztagsangebote in Bremen phasenweise sehr begrenzt sein und es mag Standorte geben, an denen die einzelnen Ganztagsangebote inhaltlich funktionieren. Dies ist sicherlich kein Verdienst der senatorischen Behörde sondern der dortigen Kolleg:innen (PMs, Lehrkräfte, Inklusionsfachkräfte, Schulsozialarbeiter:innen und Schulleitungen).

Bildungsgerechtigkeit geht nur so

Wenn es im Bundesland Bremen eine echte, realexistierende und vorhandene „Bildungsgerechtigkeit“ auch im Ganztags-schulbetriebs geben soll, müssen folgenden Forderungen erfüllt werden:



**Manuela, Barylak,
Erzieherin an der
Marktschule in
Bremerhaven-Lehe**

Ganztag bedeutet für mich: qualifiziertes Personal, bezahlte Zeit für Kooperation und eine gute Ausstattung. Dann kommen wir in die Richtung realistischer guter Ganztag.

Foto: Susanne Carstensen



- Bessere Bezahlung der Kolleg:innen im Ganztag, mindestens TV-L S8b
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf, dies bedeutet familienfreundliche Dienstpläne
- Kleinere Ganztagsgruppen mit maximal 21 Schüler:innen
- Mehr Kooperations-Vorbereitungszeit für die Kolleg:innen
- Maximal 28 Stunden an den Schüler:innen bei einer vollen Stelle (39,2 Std. TV-L)
- Pädagogische Doppelbesetzungen im Ganztagsbetrieb (Zwei Kolleg:innen pro Gruppe)
- Fachkräfte für Inklusion im Ganztagsbetrieb nach 13 Uhr
- Bessere finanzielle Ausstattung für pädagogisches Verbrauchsmaterial
- Räumliche Erweiterungen bzw. Veränderungen der Schulgebäude
- Abschaffung des „Sparmodells“ des Offenen Ganztagsangebots
- Flächendeckende Einführung der gebundenen Ganztagsgrundschule in Bremen
- Flächendeckende tarifgebundene Bezahlung aller nichtunterrichtenden Berufsgruppen an Schule auch bei den freien Trägern
- Eine tarifierte Vergütung der schulischen Erzieher:innenausbildung in Bremen



Viele dieser Forderungen mögen auf dem ersten Blick sehr monetär aussehen, aber nur wenn diese Forderungen umgesetzt werden, können wir einen Ganztagsbetriebs in Bremen inhaltlich ausgestalten, der den individuellen Bedürfnissen der Schüler:innen gerecht wird und gleichzeitig als attraktives Betätigungsfeld (Arbeitsplatz) für Erzieher:innen wahrgenommen wird. ■



**Jana Korten, Grundschullehrerin
an der Gorch-Fock-Schule in Geestemünde**

Es bedarf in erster Linie an ausreichend qualifiziertem Personal. Solange das fehlt – aus welchen Gründen auch immer – zum Beispiel aufgrund fehlender Attraktivität des Berufes, bringt es jetzt wenig, über eine konkrete Ausstattung des Ganztages nachzudenken. Die Grundlage für eine pädagogisch erfolgreiche Arbeit liegt darin, dass wir den Kindern Sicherheit und Verlässlichkeit bieten. Und das geht nur genügend Fachkräften.

Foto: Susanne Carstensen



**Mareike Kiupel, Lehrerin
an der Oberschule Geestemünde**

in meiner Vorstellung müsste eine Ganztagschule personell und räumlich so aufgestellt sein, dass die Kinder selbstständig arbeiten können, dabei aber jederzeit die Unterstützung bekommen, die sie benötigen. Außerdem muss die Schule eng mit örtlichen Vereinen und anderen Freizeitangeboten zusammenarbeiten, so dass auch nachmittags eine anregende Atmosphäre geschaffen wird.

Foto: Susanne Carstensen



„Keinen Tag ohne Qualität im Ganztag“

Bundesweite GEW-Tagung: Der Koalitionsvertrag und die Finanzierungslücke

Von *Elke Suhr*

Am 11./12. November fand in Göttingen die bundesweite GEW-Tagung „Keinen Tag ohne Qualität im Ganztag“ statt. Bereichsübergreifend organisiert von den Vorstandsbereichen Jugendhilfe - Sozialarbeit und Schule diskutierten die Mitglieder verschiedenster Berufsgruppen zum Thema Ganztag. Die inhaltlichen Akzente wurden durch ein mindestens ebenso breites Spektrum an Professor*innen, Bildungsforscher*innen und leitenden Mitarbeiter*innen verschiedener Bildungsinstitute bzw. Behörden gesetzt.

Multiprofessionelle Zusammenarbeit

Ganz deutlich wurde bei der Veranstaltung, dass ein gelungener Ganztag von einer funktionierenden multiprofessionellen Zusammenarbeit abhängt. Hierbei ist die Kommunikation auf Augenhöhe zwischen den verschiedenen Professionen ein zentraler Aspekt. Denn nur wenn dies gewährleistet ist, können alle zusammen für einen bestmöglichen Ganztag im Sinne des Kindes arbeiten. Neben einer Haltung des gegenseitigen Respekts bedarf es deshalb hinreichend bezahlter Arbeitszeit, die zur Verfügung gestellt werden muss, damit dieser wichtige Austausch zwischen allen Professionen regelmäßig stattfinden kann. Dabei kam die Frage auf, ob die Arbeitszeit in diesem Zusammenhang grundsätzlich neu definiert werden muss.

Qualitätsdefinition fehlt

Auch einer Ganztagskoordination als Steuerungsinstanz wurde eine wichtige Funktion zugesprochen. Dies öffnet zudem die Möglichkeit, dass nicht unterrichtende Pädagog*innen mit in der Schulleitung sind. Ganz deutlich wurde gesagt, dass es nicht nur zu einem Ausbau der Quantität kommen darf, sondern auch die Qualität ausgebaut werden muss. Und diese Qualität muss immer vom Kind her gedacht werden.

Über die Notwendigkeit, einen qualitativ hochwertigen Ganztag zu schaffen, besteht auf dem Papier Einigkeit. Auch im Koalitionsvertrag der Ampelregierung steht, dass diese „den Ausbau der Ganztagsangebote mit einem besonderen Augenmerk auf

die Qualität weiter unterstützen“ (Seite 97). Nur steht nirgends festgeschrieben, wie diese Qualität definiert ist oder sichergestellt werden soll.

Expertise der GEW einsetzen

Für die GEW steht fest, dass die Qualität im Ganztag auch von den äußeren Rahmenbedingungen abhängt. Natürlich müssen diese entsprechend stimmen. Das heißt, dass die notwendigen

„Den Ausbau der Ganztagsangebote mit einem besonderen Augenmerk auf die Qualität weiter unterstützen.“

zeitlichen und räumlichen Ressourcen gegeben sein müssen. Ausreichend Personal muss genauso vorhanden sein wie Qualifizierungsmöglichkeiten. Die Themen Mitbestimmung und Arbeitszeiten müssen arbeitnehmerorientiert geregelt sein. Hierfür müssen wir uns weiter einsetzen. Denn wir haben die Expertise, in Bezug auf die Rahmenbedingungen genauso wie auf der inhaltlichen Ebene. Und auch innerhalb unserer gewerkschaftlichen Strukturen ist es notwendig, professionsübergreifend auf Augenhöhe zu kommunizieren.

Gute Rahmenbedingungen hängen aber auch ganz entscheidend von der Finanzierung ab. Die anwesende Referatsleiterin vom Bundesbildungsministerium äußerte, dass auch dem Bund hierfür „das Geld nicht aus der Tasche quillt“. Die Mittel, die der Bund zur Verfügung stellt, werden aber nicht ansatzweise ausreichen. ■



Elke Suhr, Landesvorsand-sprecherin

„Unzureichende Mittel führen zum Kollaps im System“

Kann der Ganzttag auch unter ungünstigen Rahmenbedingungen funktionieren?
Vier Fachkräfte nehmen Stellung.

Von Karsten Krüger

Ein Gespräch über Ganzttagsschulen mit Angelika Wunsch (Service-agentur „ganztägig lernen“ am Landesinstitut für Schule), Silke Zimmermann (Schulleiterin an der Grundschule Sodenmatt), Tillmann Schneider (Stellvertretender Schulleiter und ZuP-Leiter an der Oberschule im Park) und Corinna Genzmer (Sonderpädagogin und GEW-Stadtverbandssprecherin)



Angelika Wunsch



Silke Zimmermann



Tillmann Schneider



Corinna Genzmer

Akute Personal- und Raumprobleme belasten viele Schulen. Einige Schulen haben den Ganzttag – auch deshalb – verkürzt oder ausgesetzt. Was sind denn die Gelingensbedingungen, damit Ganzttagsschulen überhaupt gut funktionieren können?

Angelika Wunsch: Ich antworte aus der Perspektive des Unterstützungssystems. Wir beraten und begleiten Ganzttagsschulen in ihren Schulentwicklungsprozessen. Dabei richten sich die Veranstaltungen an alle Professionen im Ganzttag, also an das gesamte Kollegium. Denn alle können dazu beitragen, die Schule zum Gelingen zu bringen: der Erzieher, die Assistentin, der Schulsozialarbeiter, die Mathelehrerin aber auch Hausmeister und Küchenkräfte. Schulen lernen immer am besten voneinander zum Beispiel in Netzwerken, die wir moderieren oder bei Hospitationsreisen.

Silke Zimmermann: Für ein Gelingen im Ganzttag müssen die Schulen dafür sorgen, dass Teamarbeit möglich ist. Es braucht fest im Stundenplan verankerte Zeiten, in denen sich Teams austauschen können. Man braucht diese Regelmäßigkeit.

Tillmann Schneider: Natürlich braucht man gut ausgestattete Räume, gut ausgebildetes Personal. Und man braucht eine klare Haltung zum Ganzttag. Wir müssen den Ganzttag wollen, ihn leben und gestalten wollen. Das ist entscheidend, um eine gute Schule zu entwickeln. Wir können nicht warten, bis Personal und

Räume da sind und dann anfangen, eine gute Ganzttagsschule zu sein. Wir haben die Kinder jetzt in der Schule, wir jetzt die Verantwortung.

Corinna Genzmer: Die strukturellen Bedingungen und politischen Weichenstellungen sind in Bremen in Sachen Ganzttag prinzipiell gut, aber im Realitätscheck zeigt sich ein anderes Bild. Unsere Mitglieder in den Schulen berichten oft von einem hohen Personalmangel. Selbst im gebundenen Ganzttag findet oft die Rhythmisierung nicht statt, die Absprachen in den Teams sind nicht so verankert, dass alle daran teilnehmen können. Eine klare Gelingensbedingung für mich.

In der Realität gibt es also noch viel zu optimieren. Ein bildungsmaza!n-Autor schreibt in dieser Ausgabe, dass oft nur noch betreut wird und dass pädagogische Arbeit so nicht möglich ist.

Angelika Wunsch: Das ist eine Realität. Die sehen wir auch. Es gibt in Bremen hervorragende Ganzttagsschulen; das zeigt auch die hohe Konzentration an Schulpreisschulen in einem kleinen Bundesland wie Bremen. Aber unzureichende Mittel führen zum Kollaps im System Ganzttagsschule. Bei dem gegenwärtigen Krankenstand kommen viele Schulen an ihre Existenzgrenzen. Grenzen an denen sich Schulen überlegen müssen, wie sie ihren Betrieb aufrechterhalten.



**Silke Schröter, Lehrerin für
Sonderpädagogik an der
Amerikanischen Schule in
Bremerhaven-Lehe**

Ganztag! Zeit für multiprofessionelle
Kooperation. Damit steht und fällt alles.

Foto: Susanne Carstensen



Wir in der Redaktion haben Kenntnis von vielen Schulen mit akuten Ganztagsproblemen. Frau Zimmermann an ihrer Schule läuft es auch nicht wunschgemäß.

Silke Zimmermann: Wir haben unter einem extrem hohen Personalmangel zu leiden gehabt. Den Kopf in den Sand stecken war und ist für uns keine Option. Wir haben im Ortsbeirat vorgeschrieben, Behördenvertreter einbezogen und eine Supervision wahrgenommen. Inzwischen hatten Neueinstellungen mit Studierenden und Lehrkräften. Das hat dazu geführt, dass wir wieder in den gebundenen Ganzttag gehen konnten. Die Zeit als Halbtagschule – das haben wir in unserer Grundschule alle gemerkt - war ein totaler Rückschritt.

Tillmann Schneider: Wir sind weit von einer guten Situation an den Ganztagschulen in Bremen entfernt. Aber wir haben gute Strukturen, gute Schulen. Aber derzeit haben wir zu kämpfen, auch an meiner Schule. Wir sind in einer schwierigen Phase, das hat auch mit Corona zu tun, als die Schülerinnen und Schüler nicht in den Ganzttag kommen konnten. Wir müssen die Strukturen wieder neu aufbauen, wieder verstärkt mit Kooperationspartnern agieren. Hilfreich wäre natürlich, wenn wir da mehr Personal hätten.

Corinna Genzmer: Das ist ja gerade so eine Problemlage, die ausschlaggebend für die Ganztagsqualität ist. Gerade im Ganzttag brauchen die Pädagogen Zeit für die Beziehung zu ihren Schüler:innen. Das zweite Problem ist die ansteigende Dequalifizierung. Kollegen sind als kostenfreie Mentor:innen gefragt, um nicht Ausgebildete oder Beschäftigte mit Vorerfahrungen im sozialen Bereich an die Arbeit im System Schule heranzuführen. Das ist meist unbezahlte Mehrarbeit. Dazu kommt, dass die Bezahlung von Erzieher:innen an Schulen schlechter ist als bei Kita-Erzieher:innen. Die schlechtere Bezahlung und zu wenige Ausbildungsplätze im Anerkennungsjahr verhindern den kontinuierlichen Personalausbau. Zudem hören wir, dass die Erzieher:innen am Nachmittag oft mehrere Klassen mit bis zu 60 Kindern gleichzeitig betreuen müssen. So entstehen vermehrt Konflikte und Krisenlagen. Die Folge ist, dass viele Kinder die

Schule nicht mehr als sicheren Ort erleben. Die Kolleg:innen sind dann im Dauerstress und können ihren pädagogischen Auftrag nicht erfüllen. Eltern sehen sich vermehrt mit Kindern konfrontiert, die Schulangst entwickeln..

Das hört sich frustrierend an.

Tillmann Schneider: Frustrierend hier in Bremen ist für uns, dass wir unserem Anspruch, jedem Kind die gleichen Bildungschancen zu ermöglichen, so weit hinterherlaufen. Deswegen ist es für uns keine Option zu sagen, wir machen mittags Schluss und warten auf das Personal und die schönen Gebäude. Deshalb machen wir weiter einen möglichst guten Ganzttag mit anregenden und vielfältigen Angeboten. Ich weiß nicht, ob die Kinder, die in prekären Verhältnissen leben, nachmittags zu Hause besser aufgehoben sind. Für viele von ihnen ist die Schule der bessere und sichere Ort.

Angelika Wunsch: Diese Rahmenbedingungen gibt es seit Jahren. Mit den politischen Fehlern bezogen auf die Ausbildungssituation, die vor zehn, 15 Jahren gemacht wurden, haben wir jetzt zu kämpfen. Wir brauchen jetzt Lösungen: Generell sind an Ganztagschulen Menschen gesucht, die sich glücklich schätzen, mit Kindern und Jugendlichen zu arbeiten. Das ist auch eine Grundvoraussetzung, um im Arbeitsfeld Schule nicht zu scheitern. Wir brauchen Persönlichkeiten an Schulen. Das können Lehrkräfte, Sozialpädagog:innen, Schulsozialarbeiter:innen, Erzieher:innen oder Studierende sein, unterstützen kann aber auch eine Großmutter in der Schulbibliothek oder als Lesepatin. Sie lächeln ...

Corinna Genzmer: ... Ja, weil wir als Gewerkschaft da eine andere Haltung haben. Es ist problematisch, wenn mehr Menschen, die keine pädagogische Grundausbildung haben, in die Schulen kommen. Diese müssen von pädagogisch voll ausgebildeten Kollegen begleitet werden. Das ist zusätzlich belastend, wenn das nebenher gemacht werden muss. Sie können dann oft nicht mehr ihrem pädagogischen Anspruch nachkommen. Das ist traurig zu sehen. ■



Carmen Klaeßen,
Pädagogische Mitarbeiterin an
der Oberschule Geestemünde
Ganztagschule sollte ein pädagogisches Konzept haben. Es sollte anregenden Unterricht, spannende Angebote, Freiräume für eigene Entfaltung und interkulturellen Zusammenhalt bieten ... Um das wirklich umsetzen zu können, muss es mehr als Beschlüsse geben: auch die notwendigen Mittel, wie auch qualifiziertes Personal.

Foto: Susanne Carstensen

No 06
GANZTAG
Keine halben Sachen



No 07
GANZTAG
Keine halben Sachen

Riccardo Azzarello, Lehrer an der Marie-Curie-Schule in Horn-Lehe

Ganztagschule kann funktionieren, wenn mehr Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Es braucht mehr Personal, Material und Räumlichkeiten. Letzten Endes ist es eine Frage des Geldes.

Foto: Susanne Carstensen

Was wir im Blick haben sollten

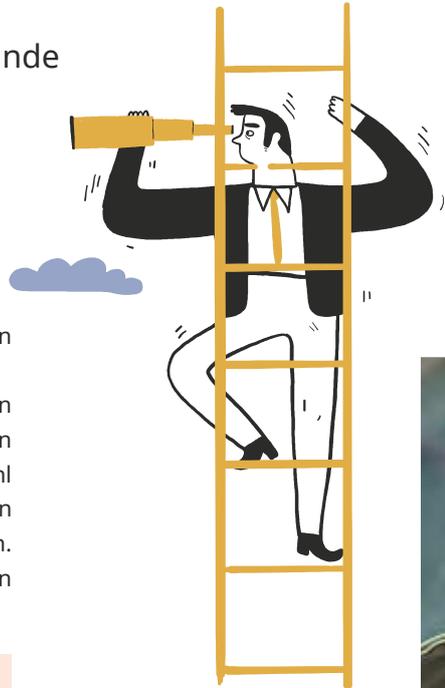
Der Ganztag an der Oberschule Geestemünde

Von Jens Carstensen

Häufig schul-leben wir ja noch in drei verschiedenen Ganztagswelten. Offen, gebunden, teilgebunden. Entsprechend unterschiedlich sind die Bedingungen und Strukturen in der Organisation. Zwischen "Ein unausweichlicher Plan für alle für ein Schuljahr" und "Freie Wahl von alternativen und wechselnden Angeboten zum normalen Unterricht" gibt es eine ganze Bandbreite von Schattierungen. Klar wird daraus: Ein Rezept für gute Gelingensbedingungen einer Ganztagschule gibt es nicht.

Im Blick haben sollten wir:

1. **Betreuung:** In der Schule finden sich Orte, an denen Schülerinnen und Schüler auch mal unangeleitet abhängen können.
2. **Hilfe und Unterstützung** bei allen Fragen rund um den allgemeinen Schulalltag.
3. **Netzwerkfähigkeit**, um interessante Angebote zu entwickeln, die den traditionellen Schulalltag erweitern. Sportvereine, Museumspädagogik, praktische, kulturelle Bildungsangebote, Forschungseinrichtungen, Erlebnispädagogik, lokale/regionale Besonderheiten herausstellen
4. **Reaktionsfähigkeit**, um sich auf die ständig veränderten Bedingungen in und um Schule herum einzustellen.
5. **Bereitstellung projektartiger Zusammenhänge**, um spezielle Finanzmittel etwa wie im Bundesprogramm "Kultur macht stark" einzuwerben.
6. **Starkes engagiertes Ganztagsorganisationsteam** für die Bereitstellung lebendiger und struktureller Entwicklung.
7. "Haben wir immer schon so gemacht" ist der Tod.
8. Je höher eine ferne Administration (vor allem bei der Beschäftigung von außerschulischen Honorarkräften), desto unflexibler die Gestaltung eines flexiblen Ganztagsangebotes mit der Folge einer zunehmenden „Verunterrichtung“ statt Entwicklung alternativer Lern-Lehr- und Spielmethoden.



Jens Carstensen,
Ganztagsorganisation

Der Ganztag an der Oberschule Geestemünde ist ein Projektbeispiel im XXL-Format. Kurz aufgezählt sind dies:

- Kooperation mit der Holzwerkstatt als Ganztagsangebot und Musik als Unterrichtsangebot. Die Projektidee: Selbstbau von Instrumenten wie zum Beispiel Monochorde, Windharfen (Laufzeit drei Jahre);
- Einwerbung von Drittmitteln (hier swb-Bildungsinitiative, Feuer und Flamme, Wohnen in Nachbarschaften, Jugendaustausch über ConAct);
- Entwicklung von Spielkonzepten zusammen mit Schüler:innen, Lehrer:innen, Dozent:innen, Künstler:innen;
- Präsentationen auf lokalen, regionalen und internationalen Bühnen: Bremerhavener Lange Nacht der Kultur, Musikfestival "30 Jahre Unerhört-Verein für Neue Musik" (Kooperationspartner);
- Präsentationen auf der Langen Nacht der Musik Oldenburg;
- Elf-tägiges internationales Austauschprojekt in Kooperation mit dem Stadtjugendring Bremerhaven und dem Konservatorium Rosh HaAyin (Israel);
- Mediale Dokumentation. ■

Rot-Grün muss liefern

Ganztags: Neue Koalition schürt Hoffnung. Ein GEW-Kommentar aus Niedersachsen

Von Wencke Hlynisdóttir

Endlich: „Mehr Qualität im schulischen Ganztags - für hochwertige pädagogische Angebote“. Das hat die neue rot-grüne Landesregierung in Niedersachsen in ihrem Koalitionsvertrag versprochen. Es wurde auch Zeit. Denn ein gut gemachter Ganztags gilt nachgewiesenermaßen als das beste Mittel gegen Bildungsungerechtigkeit! „Schließlich bieten Ganztagschulen insbesondere Kindern und Jugendlichen mit Bildungsbenachteiligungen die Möglichkeit, von individueller Förderung zu profitieren“ (LiGa - Lernen im Ganztags).



Wencke Hlynisdóttir,
GEW Niedersachsen

„Ganztagschulen können zur Chancengleichheit beitragen, wenn ihr Ausbau sich an Qualitätsstandards orientiert, die nach wissenschaftlichen Erkenntnissen gesetzt und politisch vorgegeben sein sollten (Studie „Ein ganzer Tag Ganztags - Auf der Suche nach Chancengleichheit“, Jungkamp und Pfafferott, 2020).

Zu wenig Fachkräftestunden

Aber offenbar scheut die Politik für einen qualitativ hochwertigen Ganztags die Kosten. Denn

sie stellt dafür schlichtweg nicht die ausreichende Anzahl an Fachkräftestunden zur Verfügung, die es den Schulen ermöglichen würde, ein für die Eltern attraktives und qualitativ hochwertiges Modell anzubieten. Um dies zu verstehen, muss man Folgendes wissen: Unter den Begriff „schulischer Ganztags“ fallen unterschiedliche Organisationskonzepte. So gibt es für die Schulen die Möglichkeit, ein verpflichtendes (gebundenes oder teilgebundenes) oder

freiwilliges (offenes) Angebot vorzuhalten. Tatsache ist, dass die meisten Grundschulen das freiwillige Konzept wählen (müssen), welches wiederum nicht unbedingt von denjenigen angewählt wird, die am meisten davon profitieren würden.

Sparmodell mit Stolpersteinen

Im offenen Ganztags arbeiten neben den schulinternen Lehrkräften und pädagogischen Mitarbeiter*innen im Landesdienst additiv pädagogische Mitarbeiter*innen mit Fachexpertise und zunehmend viele ohne pädagogische Ausbildung vor Ort. Der schulische Vormittag wird in der Regel nach der Mittagszeit mit einem Betreuungsangebot durch außerschulische Träger und/ oder Kooperationspartner ergänzt. Als Qualifikation reicht an dieser Stelle bereits pädagogische Erfahrung. Gemeinsame (bezahlte) Zeit für pädagogische (Übergabe-) Gespräche gibt es nicht, ein gemeinsames abgestimmtes pädagogisches Konzept selten, eine Kontinuität von Bezugspersonen durch häufig wechselndes Personal nur rudimentär. Ein Sparmodell mit Stolpersteinen für die Bildungsgerechtigkeit der Kinder und für die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten.

Qualität durch Übergangslösungen?

Um qualitativ besser zu werden, braucht es dringend ausreichend Lehrkräfte – die fehlen aber zunächst einmal auch für den Unterricht – sowie unterschiedliche pädagogische Fachkräfte, also sogenannte multiprofessionelle Teams. Allerdings herrscht nicht nur bei den Lehrkräften, sondern auch beim pädagogischen und therapeutischen Fachpersonal ein eklatanter Fachkräftemangel. Es wird kaum möglich sein, neues, pädagogisch und therapeutisch ausgebildetes Personal für den Ganztags zu gewinnen. Herausfordernd kommt dazu, dass ab 2026 der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung beschlossen

„Die Grundschule im Ganztagsbetrieb übernimmt die gesellschaftliche Verantwortung vor allem für den Ausgleich und die Verringerung von sozialer Benachteiligung sowie die Unterstützung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.“



Julia Hübner, Referendarin an der Oberschule Geestemünde

Der Ganzttag muss in erster Linie ansprechend gestaltet sein und zum Wohlfühlen einladen. Das bedeutet, dass jedes Kind die Möglichkeit auf eine warme Mahlzeit in der Mensa bekommen muss und im Anschluss daran aus einem attraktiven und vielseitigen Angebot wählen kann. Im besten Fall sind die Angebote in Form von Projekten ein Ort, an dem die Schülerinnen und Schüler fächerübergreifende Inhalte auf eine handlungsorientierte Art und Weise kennenlernen.

Foto: Susanne Carstensen



wurde. Um die personellen Lücken für diese Anspruchsvorgaben zu schließen, werden weitere Fach- und Lehrkräfte benötigt. Die gute alte Quadratur des Kreises.

Angesichts des jetzt schon existierenden Fachkräftemangels ein nur zu lösendes Problem, wenn Abstriche in der fachlichen Ausbildung gemacht werden. So kündigt Rot-Grün bereits realitätsnah an, dass angesichts des Fachkräftemangels Schulen kurzfristig durch Übergangslösungen „durch zusätzliches Personal“ unterstützt werden sollen. Welches zusätzliche Personal kann das sein? Doch wohl nur bestmöglich nachqualifiziertes und geschultes. Hierfür gilt es Geld in die Hand zu nehmen, um die Bedingungen für die Kinder, Eltern und Beschäftigten nicht noch schlechter werden zu lassen. Was sonst soll es heißen, wenn die Koalition Qualität verspricht?

Alternativlose Forderungen

Unsere Forderungen für Qualität im Ganzttag bleiben – auch in der Übergangszeit – alternativlos. Denn die Grundschule im Ganztagsbetrieb übernimmt die gesellschaftliche Verantwortung vor allem für den Ausgleich und die Verringerung von sozialer Benachteiligung sowie die Unterstützung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dafür braucht es im Wesentlichen: Mehr qualifiziertes Personal - für Bildung, Erziehung und Betreuung in kleineren Gruppen/ Klassen.

(Bezahlte) Zeit - für gute pädagogische Arbeit im multiprofessionellen Team. Ausreichend Platz - für jedes Grundschulkind im Ganzttag und für die Beschäftigten zum Arbeiten. Hochwertiger architektonischer Ausbau vom Lernort zum Lebensort mit Mensen, Differenzierungs-, Freizeit- und Freiräume für drinnen und draußen inkl. Räumen für Ruhe und Rückzug. Kostenfreies und hochwertiges Mittagessen.

Bloß keine Billiglösungen

Wir werden als GEW keine Billiglösung auf Kosten der Kinder, Eltern und Beschäftigten akzeptieren und erwarten zeitnah Antworten auf folgende Fragen: Welche Gelingensbedingungen formulieren Land und Schulträger für einen gemeinsamen Qualitätsrahmen für die ganztägige Bildung und Erziehung? Welche Rahmenbedingungen, wie z.B. multiprofessionelle und institutionsübergreifende Zusammenarbeit, bauliche/ räumliche Konzepte stellen sie auf. Mit welchen Konzepten werden Beschäftigungsverhältnisse geschaffen, die nicht prekär, sondern auskömmlich sind? Als Bildungsgewerkschaft werden wir unsere Expertise einbringen und unseren Einfluss geltend machen. Messen wir die Landesregierung bei der nächsten Wahl daran, ob sie in der Lage war, ihre Qualitätsversprechen einzulösen: Ganztägiges Lernen in hoher Qualität.

Nur mit ausreichenden Finanzhilfen und Personal

Das Ganztagskonzept aus Sicht einer Schülerin

Von *Kaja Genzmer*



Kaja Genzmer, Schülerin

(Foto: Karsten Krüger)

Mein Name ist Kaja Genzmer, gerade bin ich Praktikantin in der Geschäftsstelle der GEW in Bremen am Hauptbahnhof. Momentan besuche ich die 10. Klasse der Oberschule Leibnizplatz. Ich war von der ersten bis zur siebten Klasse im Ganztage. In der Grundschule im gebundenen Ganztage und in der Oberschule im teilgebundenen Ganztage. In der Grundschule war ich von acht bis 16 Uhr in der Schule und in der Oberschule an drei Tagen in der Woche von acht bis 15 Uhr. Ich fand den Ganztage früher oft ermüdend und die Zeit, die ich in der Schule verbracht habe, zu lang.

Geeignet vor allem für Jüngere

Jetzt denke ich jedoch, dass das Ganztagekonzept vor allem bei jüngeren Schüler:innen geeignet ist. Gerade für berufstätige Eltern und Schüler:innen, deren Eltern sie bei schulischen Inhalten nicht unterstützen können, ist es gut, wenn Lern- und Freizeitangebote in der Schule stattfinden. Denn anders als in der Oberschule wechselten die Phasen von Unterricht und Angeboten wie zum Beispiel freie Spielzeit oder Bewegungsangebote sich ab. Oft lässt die Konzentration über den Tag nach.

Vor allem in der letzten Stunde, da es sehr anstrengend ist, so viele Stunden des Tages still und aufmerksam im Unterricht zu sein. Ich denke, dass in diesem Punkt der Unterricht zukunftsorientierter sein und andere kreativ fördernde Lernmethoden aufgreifen sollte. Ich merke an mir selbst, wenn ich Spaß an etwas habe, lerne ich deutlich besser. In anderen Ländern, wie zum Beispiel Finnland, Schweden oder Norwegen ist das eine Selbstverständlichkeit.

Vertretungsunterricht und Ausfall

Vom Ganztage in der Oberschule hätte ich mir gewünscht, dass ich auf das selbstständigere und selbststrukturierende Lernen

und das Erledigen der Hausaufgaben langsam vorbereitet werde. Doch für neue Strukturen und Lernmethoden fehlen Ressourcen, wie Pädagoginnen und Pädagogen, ansprechende Materialien und Räume. Der Fachkräftemangel in Bremen ist erheblich und dem wird nicht ausreichend entgegengewirkt. Dies spürte ich durch Vertretungsunterricht und Stundenausfall. Denn Bremen ist schließlich nicht ohne Grund auf dem letzten Platz bei Pisa. Wichtig sind Lehrkräfte, die mehr Zeit pro Schüler:in haben, dies erfordert kleinere Klassen. Ebenso innovative und sanierte Räume, in denen sich Schüler:innen wohl fühlen können und ein Lernumfeld vorfinden, so dass innovative Lernmethoden genutzt werden können.

Mein Fazit

Das Ganztagekonzept funktioniert, wenn ausreichend finanzielle Unterstützung und Personal vorhanden ist. Das hat dann nachhaltig gute Folgen für die Schüler:innen, denn so sind sie für die Berufsausbildung und die anstehenden Herausforderungen durch den Klimawandel besser vorbereitet. ■

Nicht ohne wertschätzende Rahmenbedingungen

Ganztagsschulen: Die Forderungen des Personalrats Schulen Bremerhaven

Von Ekkehard Schröter

Der Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung ist zumindest für die Grundschule ab 2026 beschlossene Sache. Das ist erfreulich. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird damit leichter. Der Umfang der Betreuung erstreckt sich auf alle Werktage mit je acht Stunden und er wird auch für die Ferien gelten. Es versteht sich von selbst, dass grundlegende Änderungen der Arbeitsverhältnisse an den Grundschulen und Herausforderungen auf die Kollegien zukommen werden, die von uns personalrätlich früh und genau in den Blick genommen werden müssen. Daraus werden Forderungen abzuleiten sein.

Furcht vor schlimmen Szenarien

Allerorten wird ein Fachkräftemangel beklagt. Das ist die Ganztagsbetreuung bereits prognostiziert und es bedarf keiner anstößigen Phantasie, wenn wir den unschönen Wettbewerb zwischen den Bundesländern und Kommunen innerhalb eines Bundeslandes auf uns zukommen sehen. Im Hinblick auf unsere Erfahrungen und die Weitsichtigkeit von behördlichen Entscheidungen müssen wir für die Zukunft schlimme Szenarien befürchten. Gut beraten wären die Träger, wenn sie sofort für gute, nein beste Arbeitsbedingungen sorgen wollen. Nur so kann man Fachkräfte gewinnen und behalten. Gute Arbeitsbedingungen können am ehesten Vollzeitjobs bieten. Wer im Ganztag arbeitet, muss davon leben können. Die Verwirklichung dieses Anspruches scheint schon jetzt fragwürdig. Teilzeitkräfte leisten doch tatsächlich mehr Arbeiten als ihrem Stundenanteil am Vollzeitjob entspräche. Wurden Zeiten für die Vor- und Nachbereitung, für Kooperation und Koordination aller Beschäftigten vollständig erfasst? Hier ist künftig mehr Zeit einzuplanen. Teilzeit darf nicht zur Notlösung von Beschäftigten werden, die vor nicht zu bewältigenden Aufgaben stehen.

Räume und Arbeitsplätze nötig

Arbeit im Ganztag ist also Arbeit am ganzen Tag, die nur mit angemessenen Pausen und Ruheräumen zumutbar ist. Das erfordert Raumkonzepte, die von Beginn an entwickelt worden sein müssen. Auch für die Kooperation zwischen den multipro-

fessionellen Teams werden Räume und Arbeitsplätze einzurichten sein. Zudem wird Platz für Medienarbeit, Bewegungs- und Begegnungsbereiche, für AGs und freie Lernzeiten benötigt. Wenn unser Arbeitgeber einen guten Ganztag ermöglichen will, muss er für die Teams angemessene und wertschätzende Rahmenbedingungen zur Verfügung stellen. Diese sind ohne eine großzügige Zeitressource nicht vorstellbar. Auch ausreichend qualifiziertes Personal und berufsbegleitende Qualifizierungsmaßnahmen sind wichtig. Leitungskräfte brauchen zur Ganztagsorganisation mehr Leitungszeit. Zusätzliche Funktionsstellen müssen für unterrichtendes und nicht unterrichtendes Personal eingerichtet werden.

Unsere Vision

All das ist von den Verantwortlichen bei den längst angelaufenen Planungsarbeiten durch Personal- und Raumkonzepte berücksichtigt worden, an denen die Mitbestimmung und insbesondere die Kollegien beteiligt wurden. Leider haben wir davon bislang keine Kenntnis. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das anspruchsvolle Projekt Ganztag mit der nötigen Finanzausstattung versehen wird. Es gab da doch dieses Beispiel vom Projekt der Inklusion, das alle wollten und gesetzlich gefordert war. Bremen und Bremerhaven sind stolz darauf, in der Umsetzung allen voraus zu sein. Wir, Gewerkschaften und Personalräte, haben uns vom ersten Tag dafür eingesetzt, dass ein Gelingen von der ausreichenden Ausstattung abhängen würde. Unfroh nehmen wir die Ignoranz zur Kenntnis, mit der unser Drängen beantwortet wurde, sowie die Realitäten, die sich daraus an den Schulen ergeben haben. Wir erwarten, dass sich ein solches Desaster wie bei der Inklusion nicht wiederholt. Und dennoch darf weiter geträumt werden: Dann sehen wir Kinder in den Mensen unserer künftigen Ganztagsschulen, die sich über ihr frisch zubereitetes Mittagessen freuen, das nicht Ausdruck knapper Kassen sein wird.



Ekkehard Schröter,
Personalrat Schulen BHV

Alle Jahre wieder

Was ich schon immer mal sagen wollte –
Eine Kolumne von Angelika Hanauer



Kürzlich gab es mal wieder einen Bildungsvergleich der Bundesländer. Und Bremen war mal wieder ganz unten. Und alle Verantwortlichen waren mal wieder unheimlich überrascht. Und alle waren mal wieder ganz schrecklich betroffen. Und keiner konnte es sich erklären. Bla, bla, bla...

Das Einzige, das ich wirklich überraschend finde, ist genau diese immer und immer wiederkehrende Überraschung.

Ein Elefant steht im Raum

Der Elefant, der schon seit vielen Jahren im Raum steht, hat inzwischen gigantische Ausmaße und trompetet ohrenbetäubend: Unsere Kinder und Jugendlichen werden im Großen und Ganzen immer leistungsschwächer und zwar drastisch. Vielen fehlt es schon zum Schulanfang an grundlegenden Fähigkeiten und das zieht sich dann durch alle Schulformen. Die Maßnahmen, die dagegen ergriffen wurden, waren in etwa wie der Versuch, eine der maroden Weserbrücken mit einer Rolle Klebeband zu sanieren.

Aber irgendwie scheint es schwierig zu sein, diese Wahrheit unverblümt auszusprechen. Ein Elefant, was für ein Elefant? Wir wollen bloß niemandem auf den Schlips treten, den Schüler:innen nicht, den Eltern schon gar nicht und den politisch Verantwortlichen fällt es ohnehin schwer, das Scheitern ihrer Politik zuzugeben.

Und es sinkt für Sie: das Niveau

Ich selbst konnte in den 20 Jahren meines Lehrerinnenlebens diese Entwicklung live und in Farbe beobachten. Die Fähigkeiten der Schüler:innen, die ich in einem SEK-II-Zentrum unterrichtet habe, gingen immer weiter zurück und ein Ende ist nicht in Sicht. Anfangs habe ich noch versucht, das z. B. in Konferenzen zu thematisieren, fand aber kein Gehör. Stattdessen wurde zunehmend von Qualitätsentwicklung geschwurbelt.

Inzwischen musste ich einsehen, dass es wenig Sinn hat, Schüler:innen in Naturwissenschaften mit Fachtexten für deren Jahrgangsstufe oder gar abstrakten Konzepten zu konfrontieren. Und auch meine abgewandelten Arbeitsblätter mit vereinfachten Texten, die vor einigen Jahren noch gut funktionierten, kann ich jetzt nicht mehr verwenden. Sie werden schon auf der sprachlichen Ebene nicht verstanden. Und das betrifft durchaus nicht nur die Schüler:innen, die keine Muttersprachler:innen sind.

Was blieb also für ein Ausweg? Ich ging mit dem Niveau immer weiter runter, weil es nicht meinem beruflichen und menschlichen Selbstverständnis entspricht, die Schüler:innen, die ja nichts für die Misere können, reihenweise abzuhängen. Frustrierend ist das aber schon. Gegenüber den Weisheiten aus dem Rembertiring schalte ich – als Lehrerin zumindest – meist auf Durchzug. So geht es, glaube ich, vielen.

Abschlüsse sind entwertet

Die Folge von all dem ist, dass Betriebe und Universitäten die Abschlüsse nicht mehr ernstnehmen. Warum sonst gibt es diese Unmengen an Praktika und Eignungstests? Auch innerhalb des Schulsystems sind die Zeugnisnoten offenbar Schall und Rauch – oder warum muss man inzwischen selbst für den einfachsten Abschluss eigens eine Prüfung machen? Früher reichte es, einen bestimmten Notendurchschnitt zu erreichen und der Abschluss wurde zuerkannt. Das System traut sich also selbst nicht – irgendwie auch kein Wunder.

Schule ist nicht an allem schuld, aber...

Ich behaupte ja gar nicht, dass die Verantwortung allein im Bildungssystem zu suchen ist. Niemand weiß, welche Folgen es für die kindliche Entwicklung hat, wenn junge Eltern, anstatt Blickkontakt und Interaktion mit ihren Säuglingen zu pflegen, in ihre Handys schauen, wenn - wie gerade wieder



„Die Ausrede, die derzeit zum Beispiel von Frau Aulepp häufig zu hören ist, es gäbe ja bundesweit zu wenig Fachkräfte und fast überall ließen die Leistungen nach, geht mir gehörig auf den Wecker.“

festgestellt - viel weniger vorgelesen und gelesen wird, und wenn Kommunikation in großen Teilen in sozialen Medien stattfindet anstatt im „richtigen Leben“. Es wäre aber mal ganz schön, wenn sich jemand systematisch und wissenschaftsbasiert um diese Fragen kümmern würde.

Aber auch wenn die Schule diese Parameter nicht direkt beeinflussen kann, so ist es meiner Meinung nach trotzdem die Aufgabe des Staates und damit auch des Bildungssystems, dafür zu sorgen, dass diesen negativen Entwicklungen und schwindenden Chancen von Kindern etwas entgegengesetzt wird. Das gleiche gilt auch für den bitteren Zusammenhang zwischen Armut und mangelndem Bildungserfolg.

Schema-F funktioniert nicht

Bisher lauteten die Rezepte etwa so: Nicht alle Kinder haben die gleichen Chancen Abitur zu machen und zu studieren, also ordnet Willy Lemke (Bildungssenator 1999–2007) an, es müsse mehr Abiturienten geben – zack, fertig! Ungefähr zeitgleich wurden damals übrigens Förderstunden gekürzt. Prima!

Kinder und Jugendliche können immer schlechter lesen und schreiben – machen wir doch „sprachsensiblen“ Unterricht. Finden wir uns also damit ab, dass die Sprache nicht mehr verstanden wird? Ja ok, ich weiß, dass es inzwischen etwas mehr Sprachförderung und Unterricht in den sogenannten Kernfächern gibt. Aber das hat das Problem offensichtlich nicht gelöst. Vielleicht ist die Lösung auch nicht so simpel. Ich behaupte: wir wissen es schlicht nicht, verfahren aber trotzdem weiter stoisch nach denselben Mustern.

Potzblitz!

Im Weser-Kurier wurde kürzlich der Behördensprecher Kilincsoy zum Bremischen Qualitätsinstitut zitiert. Das IQHB habe bei der Auswertung des IQB-Bildungstrends herausgefunden, dass sich Erfolge zeigen, „wo die Kinder mehr Förderung und

Unterricht in der Schule hatten. Notwendig ist mehr vom Grundlegenden: mehr Unterricht in den Kernkompetenzen, mehr Sprachförderung, mehr individuelle Förderung.“ Potzblitz – da wär‘ man ja nie drauf gekommen! Gut, dass wir uns für solch bahnbrechende Erkenntnisse dieses teure Institut leisten und das Geld nicht z. B. für mehr vorschulische Sprachförderung verschwenden.

Die Ausrede, die derzeit zum Beispiel von Frau Aulepp häufig zu hören ist, es gäbe ja bundesweit zu wenig Fachkräfte und fast überall ließen die Leistungen nach, geht mir gehörig auf den Wecker. Wenn das eigene Bundesland seit so vielen Jahren Schlusslicht ist, hat man viel mehr Gründe, die Voraussetzungen für gute Bildung zu verbessern – egal was die anderen tun.

Auf Schlipse treten

Leider sehe ich nicht, wer es richten soll. Nach der letzten Bürgerschaftswahl hatte ich mir einiges von den Linken erhofft, die in ihrer Oppositionsrolle die Probleme oft treffend und kritisch angesprochen haben. Anstatt damit als Regierungspartei weiter zu machen, scheint zwischen den Koalitionären eher Friede, Freude, Eierkuchen zu herrschen. Früher haben Bildungssenator:innen sogar aus ihrer eigenen Partei Feuer bekommen und mussten sich rechtfertigen – aber die Zeiten scheinen vorbei zu sein. Aber CDU und FDP sind aus meiner Sicht auch keine Alternative, da sie eigentlich nur zurück zum Alten wollen.

Also, was tun? Ich glaube, wir können es nur aus den Schulen heraus verändern. Wir müssen laut und deutlich sagen, wie schlimm es ist. Auch wenn das bedeutet, tatsächlich auf den einen oder anderen Schlipse zu treten. Das ist nicht zum Schaden, sondern zum Wohl von Kindern und Jugendlichen. Denn wenn wir nicht zugeben, dass da ein Elefant steht, können wir auch keine Lösungen dafür finden, ihn an die frische Luft zu befördern. ■

„Diese Generation hat ihre Angst abgelegt!“

Ein Gespräch mit Parisa F. und Padideh F. über die Proteste im Iran

Von Werner Pfau

Sie sind vor Jahren aus dem Iran nach Deutschland geflüchtet, leben und arbeiten in Bremen, die eine als Ärztin, die andere als Ingenieurin. Im Gespräch mit dem Bildungsmagazin berichten Parisa F. und Padideh F. über ihre Erfahrungen während der Machtübernahme Khomeinis und ihre Einschätzung der gegenwärtigen Situation. Heute wollen sie im Ausland die Stimme der iranischen Protestierenden sein, die seit dem Tod von Jina Mahsa Amini auf die Straße gehen.

Wie habt ihr den Umsturz 1979 erlebt?

Padideh: Ich war Dreizehn, als die 'Revolution' ausbrach. Als ein Jahr später der Kopftuchzwang verhängt wurde, ist meine Mutter auf Demonstrationen gegangen, um sich dagegen zu

und verbotene Schriften. Wir mussten sie heimlich in der Badewanne verbrennen. Es waren so viele Bücher, dass die Wanne zerbrochen ist. Die Angst war allgegenwärtig. Alle demokratischen, oppositionellen Familien kennen solche Geschichten. Mit sechzehn habe ich Flugblätter verteilt, wurde von regierungstreuen Männern verfolgt und mit dem Messer bedroht. Auch ein zweistündiges Verhör musste ich über mich ergehen lassen. Mit siebzehn Jahren habe ich beschlossen, den Iran zu verlassen und bin alleine nach Deutschland gegangen.

Parisa: Eine meiner Erinnerungen stammt aus der Schule. Es wurden damals regimetreue Erziehungsorgane zur Überwachung der Schulen gebildet. Sie konnten auch den Lehr-

„Das vorherrschende Gefühl in dieser Zeit war Angst. Ich kann mich an Szenen erinnern, als die Verhaftungen angefangen haben. Wir waren eine politische Familie und hatten Bücher und verbotene Schriften. Wir mussten sie heimlich in der Badewanne verbrennen.“

wehren. Ich hatte immer Angst um sie. Die letzte Instanz von Frauenwiderstand war das Auto, eine Zeit lang konnte man sich sicher sein, dass man während der Fahrt kein Kopftuch zu tragen brauchte. Irgendwann haben sie angefangen, die Autos anzuhalten. In einigen Fällen wurde unverschleierte Frauen Säure ins Gesicht gespritzt. Ich erinnere mich an einen Moment, wo wir im Stau standen und ich meine Mutter angefleht habe, weiterzufahren, weil von weitem schon die Sittenpolizei zu sehen war.

Das vorherrschende Gefühl in dieser Zeit war Angst. Ich kann mich an Szenen erinnern, als die Verhaftungen angefangen haben. Wir waren eine politische Familie und hatten Bücher

kräften Anweisungen erteilen oder Lehrerinnen wegen ihres Schleiers zurechtweisen. Heute noch habe ich die Gesichter dieser Leute vor Augen – bössartige, aggressive Gesichter. Sie suchten, unter anderem anhand von Kleidung, nach sogenannten Taghouti, also Menschen, die sie als verwestlicht ansahen. Um zu verhindern, dass wir 'Verbotenes' mitbringen, durften diese Kontrolleure uns abtasten, dabei ging es nicht nur um Politisches sondern auch um Dinge wie Lippenstift und Kassetten. Deosprays, wie Teenager sie haben, waren verboten. Solche Leibesvisitationen waren alltäglich. Wenn sie etwas fanden, bekamen wir Minuspunkte. Irgendwann hatten wir Angst, zur Schule zu gehen.



Padideh F. zeigt Bilder der Getöteten (Fotos: Werner Pfau)

Meine schlimmste Erfahrung ist, dass meine Freundin, ihre Schwester und ihr Schwager hingerichtet worden sind. Ihre Schwester war schwanger. Das ist für mich immer noch sehr präsent.

Was ist für euch das Neue an der Revolution jetzt?

Padideh: Da gibt es mehrere Faktoren. Es geht nicht mehr nur um den Schleierzwang, sondern weit darüber hinaus. Das Ziel im Lande ist ein Wechsel des Systems und ein Ende des Regimes. An den Protesten nehmen alle Schichten teil, im Mittelpunkt steht allerdings die, wie man sie nennt, Generation Z. Sie hat ihre Ängste abgelegt, das ist erstaunlich und hängt wohl mit einer steigenden Perspektivlosigkeit zusammen. Im Zuge der Sanktionen konnten sich die Eliten unglaublich bereichern, die Mittelschicht ist weiter verarmt. Gleichzeitig herrscht starke Inflation. Unzufriedenheit mit Wahlbetrug und religiöser Unterdrückung hat schon früher Leute auf die Straße gebracht. Heute kommt noch diese Perspektivlosigkeit



Parisa F. zeigt ein Plakat mit der Aufforderung "Seid unsere Stimme"

hinzu. Der Protest hat die Massen erfasst. Deshalb glaube ich an den Wandel, vielleicht nicht morgen, aber auf lange Sicht ist er nicht mehr aufzuhalten. Junge Menschen berichten oft in Interviews, dass sie keine Zukunft mehr für sich sehen. Die Verzweiflung ist so groß, dass sie bereit sind, auf die Straße zu gehen und erschossen zu werden.

Parisa: 2009 hofften die Demonstrierenden noch auf Reformen innerhalb des Systems. Vor drei Jahren führten steigende Benzinpreise zu Aufruhr und es wurden Tausende erschossen. Zu den Versprechen der islamischen Republik hatte immer die günstige Versorgung mit Grundnahrungsmitteln und Energie gehört. Ärmere und wenig gebildete Schichten hatte das ans Regime gebunden. Nun kam es auch zum Bruch mit diesen Leuten. Viele von ihnen haben sich dem Widerstand angeschlossen.

Spielen die digitalen Medien auch eine Rolle?

Padideh: Auf jeden Fall. Nicht nur für die Demonstrationen, auch der Luxus der Oberschichten lässt sich nicht mehr verheimlichen. Die Kinder der Mullahs und Generäle werden oft zum Studieren in den Westen geschickt, feiern Parties in St. Tropez und haben Yachten in Kanada. Sie pflegen einen





Rosi fordert ein Ende der Mullah-Diktatur

(Foto: Werner Pfau)

„Wenn die Menschen im Iran Solidaritätszeichen aus dem Ausland sehen, bekommen sie noch mehr Mut und Kraft, weiterzumachen.“

modernen Lebensstil, werden dabei aber regelmäßig fotografiert und auf Seiten wie 'The Rich Kids of Iran' gestellt.

Viele iranische Stimmen beklagen die Gleichgültigkeit der Deutschen.

Parisa: Vor einigen Wochen habe ich das auch so empfunden, mittlerweile wird die Unterstützung stärker, bleibt allerdings noch etwas zögerlich. Manche Leute glauben nicht, dass ihre Hilfe etwas bringt. Sie fragen, wie oft sich die Frauen ihre Haare noch abschneiden sollen. Ich möchte dem klar widersprechen: Wenn die Menschen im Iran Solidaritätszeichen aus dem Ausland sehen, bekommen sie noch mehr Mut und Kraft, weiterzumachen. Mein Dank gilt in diesem Zusammenhang den Bremer Theatern, die uns zwei Abende zur Verfügung gestellt haben. Das Theater am Goetheplatz gehörte zu den ersten Institutionen, die das Banner mit 'Frau. Leben. Freiheit' aufgehängt haben. Das schafft Aufmerksamkeit. Wir planen weitere Aktionen.

Was können wir zur Unterstützung der Revolution tun?

Padideh: Auch in den europäischen Ländern gibt es Probleme und wir können nicht erwarten, dass alle Aufmerksamkeit sich auf den Iran richtet. Manche Menschen sind guten Willens, wissen jedoch wenig über die Lage im Land. Wir Iranerinnen im Exil haben deshalb auch die Aufgabe, zu informieren. Zudem müssen wir uns Verbündete schaffen. Ein wichtiges Feld sind die Sozialen Medien. Durch Projekte wie Snowflake können wir die iranische Zensur unterlaufen und Zugang zum Internet ermöglichen. So dass wir die Menschen dort sehen können und sie uns – das kann Leben retten! Auch Schulen führen Aktionen durch, indem sie etwa das Lied Baraye einstudiert und die Aufnahme ins Netz gestellt haben. Durch viele solcher Aktionen können wir dazu beitragen, dass die Flamme nicht erlischt.

Blitzlichter einer Revolte

Notizen zum iranischen Faschismus
und dem Kampf dagegen

Von Werner Pfau

 **1.** Was haben ein deutscher Asylrichter des Jahres 2006 und eine sich selbst als feministisch gerierende taz-Autorin des Jahres 2022 gemeinsam? Es handelt sich leider um keine Scherzfrage. Beide sind der Ansicht, der Schleierzwang im Iran sei lediglich Ausdruck kultureller Tradition. Eine Asylbewerberin hatte sich seinerzeit vor Gericht darauf berufen, um politische Verfolgung geltend zu machen. Im Urteil wird eine Kleiderordnung auf Basis staatlicher Gewalt zur kulturellen Gepflogenheit verharmlost. Dass widerständige Frauen Demütigung, eventuell auch Peitschenhiebe und Inhaftierung zu gewärtigen haben, erschien dem kulturalistisch verblendeten Richter wohl als eine Art landestypischer Sitte, so wie Safranreis und Granatapfelfoße. Der Antragstellerin wurde das Asyl verweigert. Taz-Journalistin Julia Neumann wiederum lieferte in einem Kommentar vom August dieses Jahres zu Frauenrechten im Nahen Osten ein Argument, was gut in die Urteilsbegründung gepasst hätte: Es käme ja auch niemand auf die Idee, Nonnen in Deutschland die religiöse Kluft abzusprechen. Das war auf die Aktivistin Masih Alinejad gemünzt, die im amerikanischen Exil die Kampagne „My Stealthy Freedom“ ins Leben gerufen hatte, bei der iranische Frauen sich ohne Kopftuch fotografierten und die Bilder in sozialen Medien veröffentlichten. Neumann sah darin eine Anbiederung an den Westen und spottete über „das bisschen Wind im Haar“.

Sie wurde allerdings in den nächsten Wochen von einer ganzen Riege wütender, vorwiegend migrantischer Autorinnen eines Besseren belehrt. Die Schriftstellerin Shida Bazayr, sonst mit

politischen Äußerungen eher zurückhaltend, sprach von einer dreisten Verhöhnung feministischen Widerstands.

 **2.** Die wirkliche Widerlegung von Neumanns Dreistigkeit fand indes nicht im Feuilleton statt, sondern auf den Straßen des Iran. Allerdings musste eine junge Studentin dafür sterben, im 'Gewahrsam' der sogenannten Sittenpolizei. In den darauffolgenden Tagen brachen Massenproteste in allen Landesteilen der Islamischen Republik los. Angeführt wurden sie von Frauen, die das Kopftuch ablegten, mit ihm wie einer Fahne in der Hand auf den Straßen tanzten oder es verbrannten. Ein Heer von Twitter-Mitschnitten kündigt von Menschen, die, nach den Worten Brechts, beschlossen haben, schlechtes Leben mehr zu fürchten als den Tod. Revolution ist ein großes Wort, aber wenn dazu die Schöpfung ikonischer Bilder gehört, dann ist das demonstrative Zeigen und Abschneiden des eigenen Haars schon jetzt zur revolutionären Symbolik des ersten feministischen Aufstandes geworden.

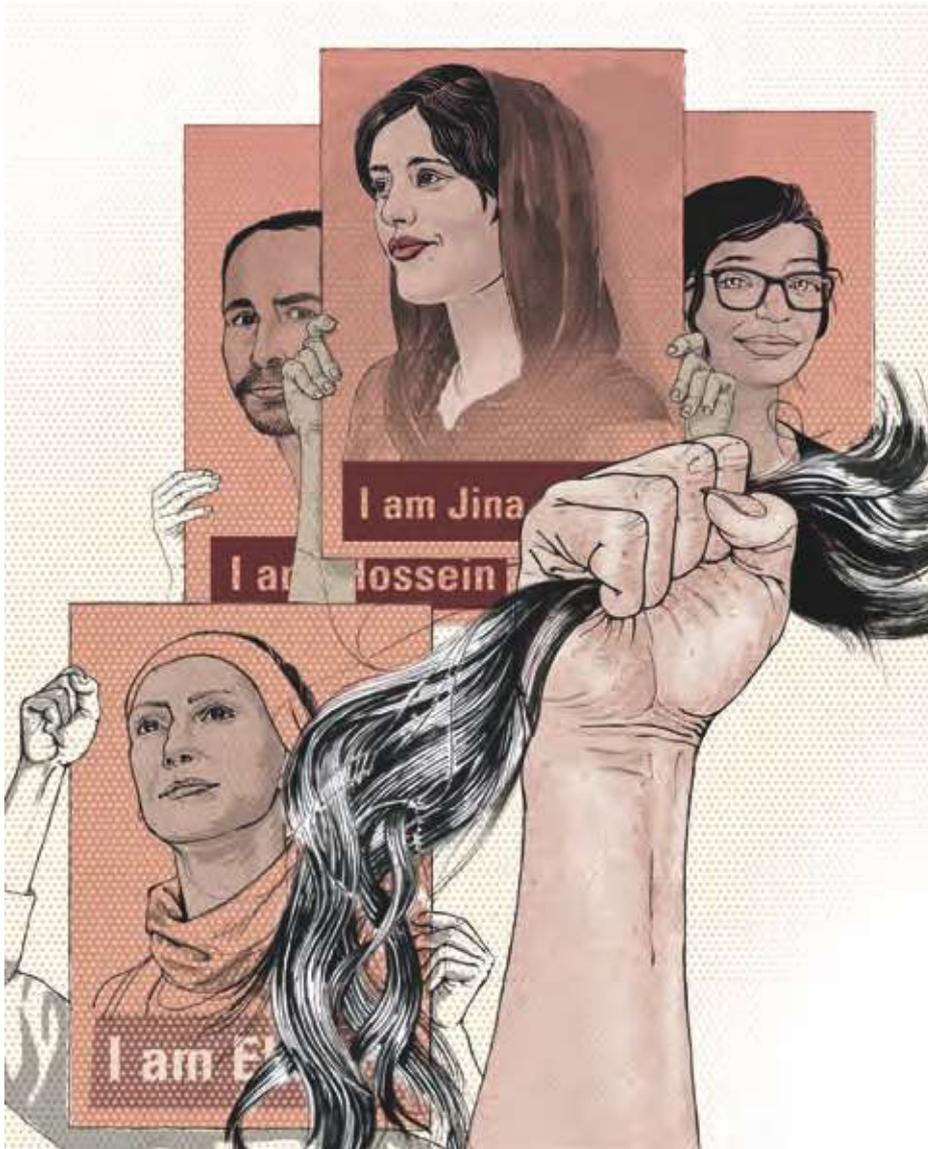
**„Durchgesetztes Alkoholverbot,
wieder eingeführte Verschleierungspflicht
und Geschlechtertrennung
im öffentlichen Raum erweisen sich
dann als Herrschaftssymbole
're-islamisierten' Gebiete.“**

 **3.** Seit über Hundert Jahren sind Frauen in islamischen Ländern dazu übergegangen, sich von tradierten Rollenbildern nicht mehr gängeln zu lassen. Urbane Enklaven moderneren Lebensstils entstanden. Dem aufkommenden Islamismus war das stets Inbegriff westlicher Verkommen-

heit. Er entwickelte die Strategie, solche Orte gewissermaßen kulturell zurückzuerobern. Männliche Familienmitglieder versuchte man bei ihrer unterstellten Ehre zu packen und fragte



„Weibliches Haar gilt als sakralisierter Besitz des Gatten, ja eigentlich der ganzen 'Islamischen Republik', die quasi entehrt ist, wenn es öffentlich sichtbar wird.“



Illustrationen: Martin Krämer

rhetorisch, ob sie es zulassen können, dass ihre Kinder Alkohol trinken und ihre Töchter ohne Hijab herumlaufen. Durchgesetztes Alkoholverbot, wieder eingeführte Verschleierungspflicht und Geschlechtertrennung im öffentlichen Raum erweisen sich dann als sichtbare Herrschaftssymbole 're-islamisierter' Gebiete. Die algerische Feministin Naila Chikhi beschreibt diese Entwicklung am Aufstieg der 'Islamischen Heilsfront' während der Neunziger Jahre in ihrem eigenen Geburtsland.

Der Iran kennt solche erzwungene 'Entmodernisierung' seit 1979, dem Jahr von Khomeinis Machtübernahme. Weibliches Haar gilt als sakralisierter Besitz des Gatten, ja eigentlich der ganzen 'Islamischen Republik', die quasi entehrt ist, wenn es öffentlich sichtbar wird. In diesem Sinne gehören Kontrollen durch die 'Sittenpolizei' zur entwürdigenden Normalität. Wie in anderen Gegenden, so zieht eine derartige Truppe auch im Iran autoritäre Charaktere an, hinter deren Sittenstrenge die Verklemmtheit des Zukurzgekommenen steht. Das Ressentiment gegenüber denjenigen, die den Mut zum Regelbruch haben, verschafft sich triumphierend Kompensation durch Schikane in vielerlei Formen: Verhören, Strafpredigten, Peitschenhieben. Übrigens können auch fremde Männer, insbesondere Mullahs, Frauen ansprechen und sich über deren 'unislamische' Kleidung beschweren.

 **4.** Trotz brutaler Repression und weiteren ermordeten Oppositionellen, darunter etlichen Jugendlichen und Kindern, ebten die Aktionen nicht ab. Versuche der Führung, sie durch Zensur der sozialen Medien im Keim zu ersticken, liefen ins Leere. Sie scheiterten an der schwer kontrollierbaren Spontaneität und Allgegenwart des Protestes, der in einem Moment Massen auf Straßen schwappte, im anderen staatliche Gegeninszenierungen durch Gesten der Verweigerung desavouierte. Studierende in Universitäten widersetzten sich der vorgeschriebenen

Geschlechtertrennung und wagten es, gemeinsam das Mittagessen einzunehmen. Angehörige der Basiji-Miliz mussten Barrikaden zwischen Speisesälen errichten, um dem gottlosen Treiben Einhalt zu gebieten. Am nächsten Tag trafen sich die Protestierenden mit ihren Tablets, zum Ärger der entnervten Milizionäre, einfach auf dem Außengelände. Der Protest wurde dezentral organisiert, war erfinderisch in der Schöpfung neuer Aktionsformen und dokumentierte sich unablässig selbst, um

„Nachdem die Flamme des Aufstands nicht mehr erstickt werden konnte, verfiel der Staatsapparat auf die Taktik gezielter Entführungen.“

Öffentlichkeit zu schaffen. Prominente aus Sport und Kultur lancierten Zeichen der Solidarität und erfüllten so den Begriff der Zivilgesellschaft, im Westen zur Phrase verdorrt, mit neuem Leben. Der Rapper Toomaj Salehi wurde dafür verhaftet und ihm droht, wie etlichen anderen, die Hinrichtung. Lehrkräfte, die im Begriff waren, systemtreue Moralpredigten zu halten, wurden von ihren Schülerinnen ausgebuht. Ein politischer Bildersturm fegte die weißbärtigen Ayatollahs von den Wänden öffentlicher Institutionen. Wurden ihre Herrscherporträts von Schergen des Regimes neu aufgehängt, lagen sie am nächsten Tag wieder zerbrochen auf dem Boden und an der Wand stand, als rotes Graffiti: 'Frau! Leben! Freiheit!'. Jene ursprünglich kurdische Parole sieht Frauenrechte als Schlüssel zur politischen Emanzipation der ganzen Gesellschaft an, nicht nur, aber auch im Nahen Osten. Sie wurde zum gesamtiranischen Kampfruf der Revolte, skandiert auch von zehntausenden Männern.

 **5.** Selbst eine Hymne schuf sich die Revolte. Mit „Baraye“ traf Shervin Hajipour die Unzufriedenheit großer Teile der Bevölkerung, indem er Zitate aus Facebook montierte und zur Abrechnung mit der iranischen Misere verdichtete. Thema ist nicht lediglich religiös-patriarchale Bevormundung, sondern auch Armut, Umweltverschmutzung, fehlende politische Rechte. Zwangsverschleierung ist längst nicht mehr das einzige Übel, gegen das gekämpft wird: Da der theokratische Staat selbst die islamische Geschlechterordnung zum existentiellen „Schlachtfeld“ erklärt hat – so der Chef der Revolutionsgarden, Hussein Salami – nehmen die Protestierenden ihn beim Wort. Zwar ist die Generation der gebildeten Mitzwanziger in einer für den Nahen Osten radikalen Weise säkular, doch auch erklärtermaßen religiöse Frauen haben das Kopftuch zumindest zeitweise abgenommen, um ihre Ablehnung erzwungener Frömmigkeit und all der anderen Übel auf Video zu dokumentieren. Geradezu Unerhörtes ist auf der Beerdigung des zehnjährigen Kian Pirfalak geschehen, der am Rande einer Demonstration im Auto durch Kugeln der Revolutionsgarden getötet worden war. Aufnahmen offenbaren die brüchige Stimme seiner Mutter während des Begräbnisses. In ihrer Rede fordert sie die Zuhörenden auf: „Rezitiert nicht den Koran! Mein Kind hasste den Koran!“. Noch erstaunlicher ist der darauffolgende Jubel.

 **6.** Je härter die paramilitärischen Revolutionsgarden vorgingen, desto größere Wellen schlug der Widerstand und verallgemeinerte sich, explodierte in den Regionen der ethnischen Minderheiten, griff auf Fabriken und ganze Stadt-

viertel über. Streiks wurden ausgerufen, unter anderem durch die Belegschaften der ökonomisch wie symbolisch bedeutenden Ölraffinerien. Nachdem die Flamme des Aufstands nicht mehr erstickt werden konnte, verfiel der Staatsapparat auf die Taktik gezielter Entführungen: Einzelne, sei es, um ein Beispiel zu statuieren, sei es, weil man sie für Führungspersonen hielt, wurden aus der Menge gerissen, in zivil getarnte Autos gezerzt, inhaftiert, gefoltert. Bei einigen wurde kurzer Prozess gemacht, indem man sie – wie die Bloggerin Nika Shakarami – von Hochhäusern warf oder ihre malträtierten Leichen, um Spuren zu verwischen, einfach irgendwo ablegte. Andere werden unter skurrilen Anklagen wie 'Aufstand gegen Gott' vor Gericht gestellt, worüber man lachen könnte, wenn die Strafe dafür nicht die Hinrichtung wäre. Etwa vierzehntausend Menschen sollen in berüchtigten Gefängnissen, allen voran dem von Evin, eingekerkert sein. Ein geifernder Mob unter den 'Abgeordneten' des Teheraner Parlaments verlangte den Strang für sie alle. Und doch ging die Revolte weiter, gewann sogar an defensiver Militanz: Auf verpixelten Nachtaufnahmen ist zu sehen, wie Stationen der Basiji-Miliz in Flammen aufgehen. Nicht zuletzt in widerständigen Gebieten wie den kurdischen, im geschichtsträchtigen Mahabad, gelang die vorübergehende Vertreibung der Milizen. Der Apparat entsandte eine Besatzungsarmee mit Panzern in die Stadt. Nun herrscht die Totenruhe des Ausnahmezustands. In anderen Regionen sprachen Demonstrierende prompt ihre Solidarität mit Kurdistan aus.

 **7.** Angesichts solcher Standhaftigkeit war die Reaktion in den deutschen Medien seltsam verhalten. Wenngleich die notorischen Sondersendungen und gelegentliche Bekundungen von (pflichtschuldiger?) Betroffenheit zu hören waren, nahm das Thema erst langsam Fahrt auf und bis heute nicht so stark wie der Krieg in der Ukraine. Wochen nach Aminis Tod beklagt Navid Kermani in der ZEIT die 'geringe Solidarität der Deutschen'. Ähnliche Kommentare sind auch von anderen iranischen Stimmen zu hören. Über die Gründe lässt sich spekulieren. Vielleicht war manchen postmodern Verbildeten die Parole der Revolution suspekt, schließlich ist da glatt von Frauen, nicht von 'menstruierenden Personen' die Rede. Wo Menschen einfach protestieren, ohne sich vorher nach den in Berlin gerade gültigen Sprachregelungen zu erkundigen, ist ja wohl Vorsicht angebracht! Deutlicher scheinen die Motive der moskautreuen Fraktion zu sein: Sie hatte den Iran gerade als Bastion eines unbedingten Antiamerikanismus lieb gewonnen, auf den man



Demonstrant mit dem Bild einer Ermordeten (Foto: Werner Pfau)

die eigenen Sehnsüchte projizieren konnte. Entsprechend dürfte sich das eisige Schweigen von Sahra Wagenknecht erklären. Das Bremer Friedensforum entblödete sich 2020 nicht, den getöteten General der Revolutionsgarde, Qasem Soleimani, als 'international geachtete' Persönlichkeit zu preisen und seine Auslandseinsätze als reine Verteidigungsmaßnahme gegen die Vereinigten Staaten. Man käute also kritiklos iranische Staatspropaganda wieder. (Die Debatte dazu findet sich in blz, Ausgaben 1/2020 und 2/2020). Handfestere Interessen stehen hinter der abwartenden Haltung der deutschen Politik. Bundeskanzler Scholz schwieg wochenlang – ein Aufstand im Iran schien ihm kein Anlass für flammende Rhetorik, 'Zeitenwende' diesmal nicht nötig. Warum auch? Deutschland gehört zu den besten Handelspartnern des Regimes und dafür braucht es das Atomabkommen.

 **8.** Unter den Äußerungen Baerbocks sticht jene theologische Expertise hervor, wonach das Mullah-Regime gar nichts mit Religion zu tun hätte. Da hat die Außenministerin wenig 'Awareness' bewiesen, schließlich muss ein Satz wie dieser die religiösen Gefühle der Ayatollahs aufs Größte verletzen. Haben sie etwa dafür jahrelang in Nadschaf und Qom

schiitische Gelehrsamkeit studiert? Immer wenn es um die Verquickung von Politik und Religion geht, wird die altbekannte Leier von der missbrauchten Unschuld des Glaubens angestimmt. Gewiss lässt sich aus heiligen Büchern alles Mögliche herauslesen, Friedliches wie Unfriedliches. Gleichwohl waren es keine Außerirdischen oder 'zionistische Agenten', die 1979 die unter Führung Khomeinis die Macht übernommen haben, es waren Teile des islamischen Klerus. Die Spezifik ihrer theokratischen Ideologie entstand im Zuge der Neuinterpretation schiitischer Tradition: Nach den Dogmen der sogenannten Zwölferschia bedarf es eines Imams auf der Welt als Mittler zwischen Gott und den Gläubigen. Darin war die Schia immer schon 'katholischer' als die Sunna, zumal sie ihren historischen zwölf Imamen Unfehlbarkeit zusprach. Da der letzte der Zwölf allerdings nach theologischer Auffassung verschwunden ist, verhielt sich die Kleriker gegenüber weltlicher Macht eher ruhig, weil man ja nicht genau wissen konnte, was der verborgene Imam wünscht. Khomeini scharte einen Teil der Gelehrten hinter sich, indem er den umgekehrten Schluss propagierte: Solange das Imamamt verwaist ist, sind die Rechtsgelehrten befugt, Herrschaft auszuüben oder als höchste geistliche Instanz ihre Ausübung zu überwachen. Die in den Jahrzehnten davor erfolgte ansatzweise Trennung von Kirche und Staat, mit der sich quietistische Ayatollahs ein Stück weit arrangiert hatten, wurde so widerrufen. Das Konzept der 'Islamischen Republik' war geboren.

 **9.** Die Errichtung der theokratischen Diktatur im Iran war eine Gemeinschaftsproduktion verfeindeter Instanzen. Natürlich hat die Regionalpolitik der USA ihren Anteil daran: Durch den Putsch gegen Mossadegh 1953 ebenso wie durch die Unterstützung des Shahs. Beides trug zur nachvollziehbaren Delegitimation des Westens bei. Die antimonarchistischen Proteste der siebziger Jahre wurden allerdings von linken und demokratischen Kräften getragen, und es bedarf der Erklärung, weshalb sie sich darauf einließen, mit einem religiösen Führer zu kooperieren, der beispielsweise ein Jahrzehnt zuvor gegen die Einführung des Frauenwahlrechts plädiert hatte. Den ideologischen Hintergrund dafür bildet, was man Abkehr von den Grundsätzen der Aufklärung nennen könnte. Unter dem verhängnisvollen Schlagwort 'Westen' wurden die Brutalitäten kolonialer Herrschaft in einen Topf geworfen mit Errungenschaften wie dem Säkularismus oder den Prozeduren des Rechtsstaates. Die erkämpfte sexuelle Freiheit, sich nach Lust und Laune zu kleiden, wurde ohne größere Differenzierung als Ausdruck von Dekadenz oder westlicher Konsumgesellschaft diffamiert. Im Haß auf den Lippenstift konnten die alten religiösen Reaktionäre und die neuen linken Reaktionäre sich gleichermaßen wiederfinden. Davon mehr im zweiten Teil dieses Artikels. ■

Lob der Provinz!

Gedanken zu 75 Jahre GEW in Bremerhaven

Von Bernd Winkelmann



Bernd Winkelmann, Landesvorstandssprecher bis 2020

Die Provinz definiert sich über ihre Entfernung von Zentren bzw. Metropolen und der bewussten Absetzung von diesen. Eine wahrgenommene Distanz und eine praktizierte Eigenständigkeit sind für die GEW Bremerhaven keine unbekanntes Größen, auch nicht im 75. Jahr ihres Bestehens. Die Zentren, auf die sich die kommunale GEW bezieht, angesichts einfluss-

reicher Regierungen und der eigenen Gewerkschaftsleitung, sind Bremen, Berlin und Frankfurt am Main. Hinzu kommt sicherlich Hamburg, ist es den zuständigen Stellen dort in der Vergangenheit doch gelungen, gerade ausgebildete, fachlich versierte Kolleg*innen immer wieder wegzulocken.

Die Zuschreibung als Provinz kommt oftmals vom Zentrum. Dies macht es aus provinzieller Sicht sinnvoll, dort, im „Zentrum der Entscheidungen“, selbst präsent zu sein, in Gremien und Funktionen, was uns über die Zeit erfreulich gut gelungen ist, mindestens in gewerkschaftlichen Zusammenhängen.

Die Provinz und der freie Blick

Der Vorzug eben dieser Provinz, zumal in Norddeutschland, besteht u.a. darin, sich spätestens seit Theodor Storm mit grauen Städten am Meer auszukennen und schnell eine Vorstellung von Weite zu bekommen. Steht man erst einmal auf dem Deich, existiert in der Regel der „freie Blick“ sofort, so dass man Lust bekommt, die Gedanken auch über den Horizont hinaus wirken zu lassen. Aber, man muss es zugestehen, der Zustand als solcher ist nicht immer leicht zu ertragen: „Die Provinzkonnotation ist insgesamt überwältigend negativ“, sagt der Gelehrte, obwohl gerade dort, weltweit gesehen, nicht selten Universitäten mit hoher Reputation sowie ökonomische und innovative Erfolge festzustellen seien (vgl. Gumbrecht 2022).

„Ich würde einen Unterschied zwischen Bremen und Bremerhaven machen. Die Bremerhavener haben schon das Schulgesetz von 1949 konsequent mit den Kombinatsschulen umgesetzt, die Bremer nicht.“

Nun gibt es aus Bremerhaven in der Tat nicht nur Geschichten stetigen Fortschritts zu erzählen, spürbar ist jedoch durchaus mehr als nur die ein oder andere vage Hoffnung, nämlich eine nicht zu unterschätzende Dynamik des Alltags. Letztere (Mut machende) Feststellung haben wir von Prof. Bukow mitgenommen, einem unserer Referenten zum Einstieg in die Pädagogische Woche. Ein „Format“ übrigens, mit dem wir 2022 in die 34. Auflage gegangen sind. Lebendige Stadtverbände weisen also Konstanten auf, die eben genannte besteht fast von Beginn an.

Provinz und Metropole, bremisch

Dass Provinz und (Landes-)Hauptstadt in bewusster Abgrenzung zueinander erst ihre Eigenarten entwickeln, ist nicht spezifisch bremisch, wobei die ungefähr fünfzig realen Kilometer Autobahnstrecke zwischen den beiden Städten und die der Nachkriegssituation geschuldete, Freiräume eröffnende Stadtverfassung Bremerhavens eigene Wege bestärken. Daraus resultiert u.a. eine in gewisser Weise einzigartige Schulgeschichte. Diese Aussage lässt manche Leser*in tief durchatmen und so vergewissern wir uns bei einem ehemaligen Senator unmittelbar: „Ich würde einen Unterschied zwischen Bremen und Bremerhaven machen. Die Bremerhavener haben schon das Schulgesetz von 1949 konsequent mit den Kombinatsschulen umgesetzt, die Bremer nicht. Als Senator kannte ich eine vollhorizontalisierte Schule in Bremerhaven, in Bremen erlebte ich die Innenstadtgymnasien im Schonraum der Poli-

„So blöd es ist: Die großen Krisen dieser Welt lassen auch die Provinz nicht unbeeindruckt und ihre Eigenarten führen nicht dazu, dass sich hinreichend Menschen angezogen fühlen, hier zu leben.“

tik. Als ich 1991 aus dem Dienst ausschied, war Bremerhaven vollhorizontalisiert“ (von Hassel 2017).

Man muss also versuchen, aus der Provinz etwas zu machen, und dies als Gewerkschaft aktiv angehen. Immerhin liegt, wie beschrieben, eine mehr als in Ansätzen für die gesamte Stadtgesellschaft erprobte schulpolitische Perspektive vor. Jetzt muss deren Weiterentwicklung als „Eine Schule für alle“ erfolgen!

22 große Aktionen in der Provinz

Aber auch der Abstand zu den Metropolen schützt ganz und gar nicht vor der notwendigen Auseinandersetzung mit veränderten gesellschaftlichen Strömungen, insbesondere nicht vor Wahlentscheidungen von Bürger*innen, die im Ergebnis Politikkonzepte der Ökonomisierung von Bildung befürworten und die eben hervorgehobenen klaren (Schul-) Strukturen aufweichen. Durch diese Bestärkung einer konkurrenzorientiert-individualistischen Sicht werden mindestens Unverständnis und Unkenntnis gegenüber einer Leistung deutlich, welche auch und gerade die integrierte Schule für den Zusammenhalt der Stadt erbracht hat.

Die Hintergründe zu analysieren, im Kreise der Kolleg*innen politische Schlussfolgerungen zu ziehen und in Aktivitäten umzusetzen, bleibt eine unserer Aufgaben. Dies kann gelingen: 22 große Aktionen mit Schippe, Bagger, Bildungsbausteinen und Pappnasen von 2013 bis zur Pandemie haben gezeigt, dass es bis ins Zentrum der Hauptstadt hinein klappt – mit wiederholt tausenden von Teilnehmer*innen, ungelogen. Kurze Wege haben dabei offensichtlich geholfen, man muss sie aber auch pflegen, denn nicht einmal in Bremerhaven ereignet sich eine Demonstration „von selbst“. Perspektiven sind gut, enge Verknüpfungen zwischen den Betriebsgruppen zu haben, ebenso Verbündete zu gewinnen, hilft allemal.

„Modellregion“ – die Idee für die Provinz

Als das neue Jahrhundert anbrach, wirkte eine Reihe von Ereignissen auf unsere Arbeit ein: Die PISA-Ergebnisse erzeugten in der Öffentlichkeit einen „Schock“, uns hart getroffen hatte die Arbeitszeiterhöhung von 1997 und eine weitere ungute Ahnung griff um sich. Werner Begoihn legte 1998 die erste Altersverteilung der Lehrkräfte im Schuldienst Bremerhavens vor. Daraus konnten Mindestbedarfe an Ersatz Einstellungen, nach Jahren des Einstellungsstopps, präzise abgeleitet werden. Diese stießen parlamentarisch zunächst jedoch auf wenig Wi-

derhall. Vielmehr stellte die Landespolitik ganz andere Weichen mit der Abschaffung der Orientierungsstufe, der Einrichtung durchgängiger Gymnasien, Zeugnisnoten ab Klasse 3, Abschlussprüfungen am Ende eines jeden Bildungsganges und der stadtweiten freien Schulanwahl nach Klasse 4.

In diesem Klima gelang im DGB Bremerhaven ein einstimmiger Beschluss mit Überlegungen zu einer „Modellregion Bremerhaven“, mit dem eine Initialzündung für den Bildungsbereich unserer Stadt eingefordert wurde. Wenn man so will, versteht sich die Provinz explizit als Gegenpol zu den Landesbeschlüssen und hebt erneut ein integratives Bildungsverständnis mit einer Schule hervor, in der sich Kinder und Jugendliche den ganzen Tag lang in deutlich verkleinerten Lerngruppen unter dem Dach renovierter Schulgebäude mit vielfältigen Angeboten in Ruhe entfalten können. Selbstverständlich sei, dass dies unter akzeptablen Arbeitsbedingungen aller dort Tätigen geschehe (vgl. DGB Bremerhaven 2002).

Die Entwicklungen in der Provinz

Die ganze Wahrheit besteht nun darin, dass die oben skizzierten Fehlentscheidungen längst im Sinne der Gegenposition hätten aufgehoben werden müssen, spätestens nach den Bürgerschaftswahlen von 2007 und 2011, als die Parteien, die „Eine Schule für alle“ in ihren Programmen unterstützten, mehr als 60 Prozent der Stimmen erhielten. Diese Gelegenheiten verstrichen und so nutzt Bremerhaven bis heute, das wissen Kenner*innen, trotz zentral vorgeschriebener Versäulung seine Rechte: Hier gibt es beispielsweise weder Inklusionsklassen noch Inklusionskinder, ganz im Gegensatz zu Bremen. Nun ist es aus gewerkschaftlicher Sicht bis in die Gegenwart nicht zu einer Modellregion im eigentlichen Verständnis gekommen. Nimmt man die mit dem „Modell“ verbundenen Forderungen als Maßstab, dann stellt man fest, dass die umgesetzten lokalen Bündnisse insbesondere mit ZEB, SSR und DGB nicht nur „den Wahnsinn in die Köpfe“ gebracht, sondern auch substantielle Entwicklungen gestützt haben, siehe Inklusion, Ganztagschule, Schulbau und Schullaufbahnen. Die Modellziele bleiben weiterhin richtig; um die Bedingungen muss die GEW allerdings jeden Tag kämpfen.

Das Leben in der Provinz

So blöd es ist: Die großen Krisen dieser Welt lassen auch die Provinz nicht unbeeindruckt und ihre Eigenarten führen nicht

dazu, dass sich hinreichend Menschen angezogen fühlen, hier zu leben, gerade solche mit Berufen, die unsere Gewerkschaft vertritt. Nach erheblichen Mitgliederzuwächsen bis zur Pandemie ist sie zwar mit geringen Verlusten durch diese Zeit gekommen, die sonst so hilfreiche Nähe war im Lockdown jedoch schlicht ausgesetzt. Diese ist nötig, um „Solidarität“ zu stärken, das zeigen 75 Jahre Erfahrung. Wie gefährlich ein solidarisches Handeln für sie sein kann, wissen die politischen Gegner. Wir sehen das an der derzeitigen Verunglimpfung dieses Begriffes, wenn in noch so unpassenden Zusammenhängen von Solidarität geredet wird und ein gewerkschaftlicher, kämpferischer Sachverhalt zur Substanzlosigkeit deformiert werden soll. Wir kennen das aus dem inflationären Gebrauch der Redewendung „für alle“. Es kommt also darauf an, sich des eigentlichen Sinns zu vergewissern: Solidarität bedeutet Gegenseitigkeit, Verlässlichkeit, Vertrauen, gemeinsame Ziele und Wege im Sinne der Verwirklichung der Menschenrechte.

Provinz und Zentrum müssen zusammenhalten

Da das stimmt, haben wir die Vorzüge unserer Überschaubarkeit



Volles Haus: GEW-Jahreshauptversammlung 1975 in Bremerhaven.

(Fotos: GEW)

genutzt und seit 2006 einen „Erweiterten Vorstand“ installiert, der die Politik des Stadtverbandes prägt (vgl. GEW Bremerhaven 2017). Trotz eines vierteljährlichen Sitzungsrythmus muss dessen Ausrichtung in theoretischer Einbindung manchmal überdacht werden. Deshalb haben wir ergänzend die „Wremer Reflexionen“ erfunden, um z.B. darüber nachzudenken, was „Bildung“ in der GEW ausmacht, wie unsere Kolleg*innen Erkenntnisse aus unseren Kämpfen gewinnen, wo Mündigkeit und Selbstbestimmung in der eigenen Organisation erprobt werden und wie eine systematische Verständigung darüber bei uns gelingt. Die Umgebung des Deiches (s.o.), gerade in Wremen, kommt uns dabei sehr gelegen. Damit wir bei unseren Anliegen vorankommen, müssen wiederum Provinz und Zentrum zusammenhalten. Dies vermutlich sogar länger als in den nächsten 75 Jahren. ■

Quellen:

DGB Bremerhaven (2002): Bildungspolitische Offensive, Bremerhaven
 GEW Bremerhaven (2017): 70 Jahre GEW, Bremerhaven
 Gumbrecht (2022): Das Beste an Berlin sind die Museen, in: taz vom 23./24.4.22
 von Hassel (2017): Landesverfassung und aktuelles Schulgesetz, in: GEW Bremerhaven (2017)



Tarifdemonstration 2017 vor der Schule am Ernst-Reuter-Platz.

Imperialismus im Schafspelz

Die Machenschaften der „Westlichen Wertegemeinschaft“

Von Jochen Ströh



Jochen Ströh,
GEW-Urgestein

„Im kommenden Jahr wird sich das Heer an einer Übungsserie mit unseren Wertepartnern in Australien beteiligen“, sagte Generalinspekteur Eberhard Zorn der Agentur Reuters. Die Marine wird ebenso in den Indo-Pazifik zurückkehren, aber diesmal mit einem Flottenverband, bestehend aus mehreren Schiffen.“ Unsere Wertepartner sind die USA, die EU, Japan und Australien. Militärische Stärke

gegenüber China zeigen, um „eine anti-westliche Weltordnung“ (Weserkurier 16.9.22) zu verhindern. Heißt im Neusprech der Medien: Westliche Wertegemeinschaft gegen Autokratie.

Der Stärkere überlebt

Wer ist denn mit dieser Wertegemeinschaft gemeint? Es sind die Länder, in denen sich der bürgerliche Liberalismus und Kapitalismus durchgesetzt hat, also West-Europa, Nordamerika und Australien. Wann und wie hat er sich durchgesetzt? Seit dem 16. Jahrhundert durch Ausbeutung der eigenen Bevölkerung und durch (Raub-) Kolonialismus, Vernichtung der einheimischen Urbevölkerungen und Sklaverei, gerechtfertigt mit der Ideologie der Überlegenheit der weißen Rasse (Rassismus) und der Theorie des „Überlebens des Stärkeren“ (Sozialdarwinismus). Dieses Überlegenheitsgefühl wurde bei der Unterdrückung/Diskriminierung Chinas (von etwa 1850-1950), was bis dato als Land der Mitte den internationalen Handel beherrscht hatte, besonders deutlich. Aus der Rede Wilhelms II am 27.07.1900 vor den Soldaten der „Eingreiftruppe in China“: „Kommt ihr vor den Feind, so wird derselbe geschlagen! Pardon wird nicht gegeben! Gefangene werden nicht gemacht! (...) so möge der Name Deutscher in China auf 1000 Jahre durch euch in einer Weise bestätigt werden, dass es niemals wieder ein Chinese wagt, einen Deutschen auch nur scheel anzusehen.“ Den Barbaren sollte in der damaligen Rechtfertigungs-ideologie

„christliche Zivilisation“ beigebracht werden. Es gab Schilder mit der Aufschrift „Kein Zutritt für Hunde und Chinesen“. (In den USA: „Kein Zutritt für Hunde und Neger.“)

US-Verbrechen und Hypnose

Was hat diese Wertegemeinschaft in der Phase der Befreiungskämpfe der Völker vom Kolonialismus getrieben? Da möchte ich aus der Literaturnobelpreisrede von Harold Pinter (7.12.2005) zitieren, die wegen ihrer wahrheitsgemäßen Deutlichkeit vollständig totgeschwiegen wurde: „Nach dem 2. Weltkrieg unterstützten die Vereinigten Staaten jede rechtsgerichtete Militärdiktatur auf der Welt, und in vielen Fällen brachten sie sie erst hervor. Ich verweise auf Indonesien, Griechenland, Uruguay, Brasilien, Paraguay, Haiti, die Philippinen, Guatemala, El Salvador und natürlich Chile. (Iran, Vietnam ... der Verfasser.) Die US-Verbrechen waren systematisch, konstant, infam, unbarmherzig, aber nur sehr wenige Menschen haben wirklich darüber gesprochen. Das muss man Amerika lassen. Es hat weltweit eine ziemlich kühl operierende Machtmanipulation betrieben, und sich dabei als Streiter für das universelle Gute gebärdet. Ein glänzender, sogar geistreicher, äußerst erfolgreicher Hypnoseakt.“

Osterweiterung

1990 war der kalte Krieg zu Ende. Der „werteorientierte Westen“, insbesondere die USA und die von ihnen dominierten Weltwirtschaftsorganisationen (WTO/IWF/Weltbank), diktierten die Bedingungen des Wirtschaftens jetzt auch im Osten. Wurde da an die Menschenrechte gedacht? Mitnichten. Reformen in der ehemaligen Sowjetunion zielten nicht, wie oft behauptet, auf den Aufbau einer Marktwirtschaft und einer sozialen Demokratie im westlichen Stil ab, sondern darauf, vorhandene Ressourcen, insbesondere die Hightech-Industrie zu zerschlagen und dann verbliebene Kapazitäten im Verein mit westlichen Partnern für den Export umzurüsten. Bis 1993 führten die Reformen zu einer massiven Plünderung des Reichtums Russlands und zu beträchtlichem Kapitalabfluss. Der Zusammenbruch der Wirtschaft trieb Russland in die Zahlungsunfähigkeit. So saß die russische Regierung wie ein unterwürfiges und fügsames

Regime der „Dritten Welt“ in der Zwangsjacke von Schulden und Strukturanpassungen. Die Staatsausgaben wurden brutal zusammengestrichen, um staatliche Mittel für die Bezahlung der Gläubiger freizusetzen. Der Zusammenbruch des Lebensstandards war in der russischen Geschichte beispiellos. Selbst während des 2. Weltkriegs gab es mehr zu essen. (vgl. M. Chosudovsky, Global Brutal, 2002). Griechenland litt später ähnlich. Erst die Regierung mit Putin setzte diesem Treiben ein Ende.

Grenzenlose Doppelmoral

Da Gorbatschow viele Vereinbarungen mit dem Westen nicht verschriftlichen ließ, rückten die USA und die NATO entgegen gemachter Versprechungen militärisch weit an die russische Föderation.

Wie immer geht es den USA um geostrategischen Einfluss, Märkte, Rohstoffe und billige Arbeitskräfte. Die Rechtfertigung dieser Politik hat sich jedoch dem Bewusstsein der Zeit angepasst. Der Hypnoseakt (Pinter) geht weiter: Jetzt ist es die „westliche Wertegemeinschaft“, die „die Menschenrechte“ weltweit durchsetzen muss. So vermittelt diese neue Ideologie - wie früher die alte - den Eindruck eigener politischer Überlegenheit und soll so Regime-Changes rechtfertigen (siehe Afghanistan, Jugoslawien, Irak, Libyen, Syrien). Die Folgen für die Bevölkerung waren/sind verheerend. Wie jetzt, wo die Ukrainer trotz erzielter Verhandlungsergebnisse mit Hilfe der EU (Minsk I und II) einen Stellvertreterkrieg führen. (Nach

den Vertragsabschlüssen war von der hohen US-Diplomatin Victoria Nuland der folgende Kommentar geleakt worden: „Fuck the EU “ (7.2.2014). Die Verträge wurden von der ukrainischen Regierung nicht umgesetzt. Es geht um eine erneute Destabilisierung, ja um den „Ruin Russlands“, an dem sich die „Kriegspartei Deutschland“ (Baerbock) beteiligen muss. Ob die wirtschaftlichen Sanktionen allerdings den gewünschten Erfolg bringen, kann die Bundesregierung auf Nachfrage der Linken im November nicht beantworten. Immer mehr Menschen erkennen, dass diese Sanktionen eher schaden und in erster Linie den USA dienen. Ausgerechnet die Grünen sorgen für teures und umweltschädliches Fracking-Gas aus den USA oder aus Katar, das ja, wenn es tatsächlich um Menschenrechte ginge, nicht nur bei der WM boykottiert werden müsste. Aber die Doppelmoral kennt anscheinend keine Grenzen. Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer, selbst in Potsdam, wo viele Regierungsmitglieder wohnen. Da aber alle etablierten Parteien, einschließlich der Linken, in ihrer augenblicklichen Verfassung, den Krieg unterstützen, wird die Wählerschaft, die eine andere Politik will, entweder in die Wahlenthaltung oder in die Arme der Neofaschisten getrieben. Das Fehlen einer starken kapitalismuskritischen, friedensorientierten Linken in Europa ist fatal. Aber der Krieg muss gestoppt werden.

Bitte unterschreibt deshalb den folgenden Aufruf der „linken Grünen“ (Opposition innerhalb der Grünen):

<https://www.klaus-moegling.de/peace-appeal/>



Die weltweiten Standorte des US-Militärs.

Jugendliche müssten aus der Frauengeschichte lernen

Die langjährige GEW-Aktivistin und Buchautorin Romina Schmitter im Interview

Von Karsten Krüger

Du hast Dich schon oft mit Frauen – und Geschlechterpolitik beschäftigt. Wie bist Du auf die Buchidee „Judas und Eva“ gekommen?

Im Frühjahr 2018 hat Ben Becker im Bremer Dom einen Vortrag über die fiktive Schrift von Walter Jens zur Verteidigung des Judas gehalten. Der Judas dient seit dem neuen Testament als Gottesmörder und Inkarnation des Verräters und der Geldgier. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass die weibliche Seite meist nicht beachtet wird. Ich habe mich gefragt, wo eine vergleichbar verurteilte Frau zu finden ist. Da bin ich auf die biblische Eva gekommen. Mit ihr wurden alle Frauen zu Verführerinnen und zur Verursachung allen Übels in der Welt.

Was war das bemerkenswerteste Ergebnis Deiner Recherchen?

Der Gegensatz zwischen der Jahrhunderte währenden Diskriminierung von Juden und Frauen auf der einen Seite und der Thematisierung dieser historischen Tatsache erst im 20. Jahrhundert durch die Frankfurter Soziologen Max Horkheimer und Theodor W. Adorno in ihrem Buch „Dialektik der Aufklärung“ von 1944. Ein Zitat daraus: „Weibern und Juden sieht man an, dass sie seit Tausenden von Jahren nicht geherrscht haben.“ Da kommt die Parallelität von Ausgrenzungsstrategien gegenüber jüdischen und weiblichen Menschen zum Ausdruck.

Du beschreibst Mechanismen der Ausgrenzung. Welche fallen Dir als erste ein?

Zwei: In räumlicher Hinsicht die Ghettoisierung von Juden seit dem 15. Jahrhundert in Venedig bis zum Warschauer Ghetto im Nationalsozialismus. Bei den Frauen war es die totale Beschränkung auf das Haus. In gesetzlicher Hinsicht waren es die sogenannten Judengesetze. Bei den Frauen war es die Geschlechtsvormundschaft. Beide Gesetze gehen auf antikes Sklavenrecht zurück.



Romina Schmitter

(Foto: Privat)

Was muss sich ändern, damit weniger ausgegrenzt und dämonisiert wird?

Die BRD-Verfassung wurde bei der „Wiedervereinigung“ zur gesamtdeutschen Verfassung erhoben, statt, - wie es immer noch im Grundgesetz im Artikel 146 steht - eine Verfassung zu beschließen, die vom gesamten deutschen Volk beschlossen ist. Das hätte aber bedeutet, die sozialen Rechte der DDR-Verfassung zu berücksichtigen. Die Jugendlichen müssten aus der Frauengeschichte lernen, wie gefährdet die Errungenschaften sind, von denen Frauen heute profitieren.

Mehr Pädagogik, weniger Politik



**Vertrauensleute
der GEW**



John A. Fuchs

Ich arbeite als ...:

Lehrer für Englisch und Gemeinschaftskunde/Politik an der Oberschule im Park, in der ich ebenfalls als Fachsprecher Fremdsprachen, BO-Lehrkraft und LALE-Koordinator tätig bin.

So bin ich auf die GEW aufmerksam geworden:

Ich war bereits als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Uni Vertreter für die befristet angestellten Mitarbeiter:innen in der MAV.

Mein Weg zum GEW-Vertreter in meiner Schule:

Seit dem Schuljahr 2018/19 bin ich Mitglied im Personalausschuss. Der regelmäßige gute Austausch mit Kolleg:innen im Personalrat überzeugte mich, GEW-Mitglied zu werden. Zum GEW-Vertreter war es dann ein kleiner Schritt.

Was sollten Vertrauensleute können:

Aktiv zuhören, unterstützen und vermitteln.

Darauf vertraue ich:

Zusammen mit meinen Kolleg:innen stets den besten Weg für unsere Schule - Lehrkräfte, pädagogisches Personal, Schüler:innen - finden zu können.

Gewerkschaft bedeutet für mich:

Zukunft gestalten.

Gewerkschaft ist für mich nicht:

Bremsklotz.

Das war mein bisher schönstes Bildungserlebnis:

Eine meiner Studentinnen als engagierte und motivierte Kollegin wieder getroffen zu haben.

Für diese Ziele sollte sich die GEW vor allem einsetzen:

Die Arbeitssituation des pädagogischen und wissenschaftlichen Personals an Schulen und Unis so zu gestalten, dass



John A. Fuchs

(Foto: Privat)

sie tatsächlich ihrem Bildungsauftrag im besten Sinne nachkommen können.

Gute Bildung ist:

Eine Bildung zum mündigen Menschen, die Tore öffnet und nicht verschließt.

Drei Adjektive zur Bremer Bildungspolitik:

Fehlgeplant, unterbesetzt, totgespart.

Du hast einen Bildungswunsch frei:

Bildungspolitik sollte wieder auf Pädagogik fußen, nicht von politischen Vorstellungen geprägt werden. Nur so finden wir ein Schulsystem, dass tatsächlich allen gerecht werden kann.

Ein Seminar und eine Utopie

GEW-Fachgruppen diskutierten über erste Schritte zur inklusiven Gemeinschaftsschule von Klasse 1 bis 10

Von Kai Reimers

Ein Kreis von 14 GEW-Mitgliedern hat sich auf einem gemeinsamen Wochenendseminar der Fachgruppe Inklusion und der Fachgruppe Oberschule auf den Weg gemacht, über das gegenwärtige Zwei-Säulen-System von Oberschule und Gymnasien hinauszudenken und Grundzüge einer Gemeinschaftsschule von Klasse 1 bis 10 („Eine Schule für alle“) nach skandinavischem Modell zu skizzieren. Sehr deutlich wurde wie sehr die durch Fachkräftemangel und Unterfinanzierung geprägte schulische Alltagsmisere unser Denken über Schule prägt: „Das geht doch gar nicht!“ „Kleinere Lerngruppen, weniger Unterrichtsverpflichtung, mehr Kooperationszeiten und das beim Fachkräftemangel.“

Keine Schulwechsel und Bildungsbrüche mehr

Dabei ist offensichtlich, dass der Leidens-

„Sehr deutlich wurde, wie sehr die durch Fachkräftemangel und Unterfinanzierung geprägte schulische Alltagsmisere unser Denken über Schule prägt.“

druck von Schüler:innen und Eltern beim Übergang von der Grundschule in die Sekundarstufe 1 hoch ist: Welche drei Wunschschulen soll man angeben? Komme ich auch wirklich mit meinen Freunden zusammen auf die gleiche Schule? Schafft mein Kind das Gymnasium oder muss es später womöglich schon wieder die Schule wechseln? Ein durchgängiges, inklusives Schulsystem von Klasse 1 bis 10, dass Schulwechsel und Bildungsbrüche unnötig macht und somit ein hohes Maß von Sicherheit vermittelt, und trotzdem allen Kindern und Jugendlichen auf verschiedenen Niveaus Entwicklungsangebote unterbreitet und sie zu den unterschiedlichen Bildungsabschlüssen führt, hätte mit Sicherheit eine breite Akzeptanz in

der Bevölkerung (auch wenn es von den Verfechtern des Gymnasiums sicherlich bekämpft würde).

Nach einem historischen Überblick über die Bremer Entwicklung der Inklusion und des Bremer Schulfriedens durch Eckhardt Feige von der FG Inklusion starteten die Teilnehmer:innen in drei Workshops: In der **ersten AG** wurde das Grundkonzept der zukünftigen Gemeinschaftsschule skizziert: „Die pädagogische Prämisse liegt auf der ganzheitlichen Sicht und einer ressourcenorientierten Haltung. [...] Unsere Schüler:innen erhalten adaptive und differenzierte Bildungs- und Unterrichtsangebote, die an das jeweilige Können anknüpfen und die Lernenden individuell



Gedanken über die Schulzukunft bei schönen Herbstwetter.

(Foto: GEW)

fördern und fordern. Wir unterrichten Kinder – keine Fächer! Hierbei arbeiten wir in multiprofessionellen Teams zusammen.“ Weitere in der GEW nicht unbekannte Ideen und Forderungen: Rhythmisierung des Ganztages, Öffnung der Schule, demokratische Strukturen, pädagogisch sinnvoll, gestaltete Lernlandschaften in architektonisch und klimaneutralen Schulgebäuden etc.

In der **zweiten AG** wurde die Gemeinschaftsschule als Schule von Vielfalt und Diversität thematisiert. Es ging darum, die Möglichkeiten der einzelnen Schulen auszuloten, unter ihren spezifischen Bedingungen standortbezogene Gestaltungsräume, Profile und Angebote zu entwickeln.

Das „Leitbild der Gemeinschaftsschule“ wurde mit folgenden Schlagwörtern umrissen: „Bildungsbegriff und humanes Menschenbild“, „Kinder und Jugendliche stärken“, „Beziehungsarbeit“, sowie „Vielfalt und Diversität“. In einem großen Mindmap-Cluster wurden anschließend verschiedene Aufgaben- und Themenbereiche inhaltlich skizziert, wie: „Kernkompetenzen vermitteln (Unterricht)“, „soziales Lernen“, „Demokratie“, „Lebensgestaltung“, „[räumliche] Gestaltung von Schulen“, „sozialräumliche Vernetzung [in den Stadtteil hinein]“, „Profile“, „Sprache“.

In der **dritten AG** ging es um die Frage „Wie lässt sich die Gemeinschaftsschule politisch und gesellschaftlich durchsetzen?“ Es war in der Diskussion erkennbar, dass sich die Idee nicht

durch eine große Schulreform in einem Wurf durchsetzen lässt, sondern eher schrittweise durch Schulversuche und Pilotprojekte. Das Gymnasium wird von einem Teil der Mittelschichten (ehemaliges Bildungsbürgertum) vehement verteidigt. Eine flächendeckende Auflösung oder auch nur ein schrittweises Abschmelzen der Gymnasialplätze in Bremen von derzeit 20 Prozent auf 15, zehn und fünf Prozent ist politisch kaum durchsetzbar. Realistischer erscheint der strategische Ansatz auf Pilotschulen bzw. Pilotstadtteile zu setzen, in denen sich Oberschulen oder Gymnasien zusammen mit den benachbarten Grundschulen zu Gemeinschaftsschulen von 1 bis 10 umwandeln. Hierfür bedarf es „nur“ der politischen Willensbildung in den beteiligten Schulen und dem jeweiligen Ortsbeirat, die sich dann den jeweiligen Schulversuch über Bildungsdeputation und die Bürgerschaft genehmigen lassen müssten.

Antrag zum Gewerkschaftstag

Als mögliche erste Schritte, um die Idee der Gemeinschaftsschule in den Kollegien und in der Öffentlichkeit zu verbreiten, wurden u. a. benannt: 1. Die Wiederbelebung der GEW-Fachgruppe „Gymnasien/ gymnasiale Oberstufe“. 2. Die Herausgabe eines halbjährlichen GEW-Infos für die Gymnasien. 3. Ein gemeinsamer Fachtag Oberschulen und Gymnasien am LIS. Die Ergebnisse des Seminars werden in der Fachgruppe Oberschule und Inklusion weiter diskutiert und vermutlich in einen Antrag an den Bremer Gewerkschaftstag 2023 münden. ■

Pädagogische Woche in Cuxhaven

Schwungvoll und bremisch

... ging sie los, die 77. Pädagogische Woche in Cuxhaven-Duhnen.

Henrik Skov Andersen (Foto, Oberschule Findorff) spielte internationale Arbeiterlieder. Danach wurde es ernster: „Bildung in der Krise“ war der Titel der fünftägigen Traditionsfortbildungsveranstaltung. Die Teilnehmer:innen diskutierten in 18 Arbeitsgruppen



(Foto: Karsten Krüger)

über den Umgang mit der neoliberalen Bildungspolitik und der notorischen Unterfinanzierung. Sie analysierten, wie diese krisenhafte Situation entstanden ist, wie ein gesellschaftliches Umdenken

für eine gerechte sozial-ökologische Wende aussehen kann und welche Veränderungen dafür im Bildungssystem zwingend erforderlich sind. Empfehlenswert auch im Jahr 2023. (krü) ■

So können wir uns stärken

AK Frauen informiert

Von *Frauke Schüdde-Schröter*

Schwerpunkte im AK Frauen sind zurzeit die Weiterentwicklung verschiedener Angebote, die wir weiter verbreiten möchten:

Mentoringprogramm für neue Betriebs- und Personalrätinnen sowie Mitarbeitervertreterinnen

Es gibt die Möglichkeit zu Beginn der Amtszeit an einem Mentoringprogramm teilzunehmen. Ziel ist es, neuen Rätinnen eine erfahrene Mentorin an die Hand zu

geben, die jüngere/neugewählte Kolleginnen über ein Jahr berät, insbesondere über gremieninterner Kommunikation und Rollenfindung.

Strategie und Kraft – Frauenseminar

„Die Erschöpfung der Frauen – wider die weibliche Verfügbarkeit“ ist nicht nur Buchthema, sondern auch im Alltag spürbar. Auch wir Frauen in der GEW spüren es. Wie können wir uns stärken? Was beschäftigt uns? In einem offenen Format möchten wir diese Themen am Freitag/Samstag 14./15. April 2023 von 16 bis 16 Uhr in Wremen gestalten.

Beteiligung am Landesfrauenausschuss und -rat

Wir betreiben intensive Netzwerkarbeit, um Angelegenheiten des Beschäftigten im Bildungsbereich an anderer Stelle mit zu verankern und Ideen anderer in unsere Arbeit einzubeziehen. Weil in unserem AK auch Beschäftigte unterschiedlicher Stellen zusammenarbeiten, gestalten wir immer einen interessanten, anregenden Austausch über das, was ist und was geht.

AK-Sitzungen

Wir treffen uns in Präsenz, aber häufig auch in einer Videokonferenz. Der nächste Termin (online) ist Montag, 16. Januar, um 19.30 Uhr. Wer nicht im Verteiler ist, kann sich über eine Mail bei info@gew-hb.de anmelden und erhält dann den Link. ■

Rechtsanspruch auf Beurteilung psychischer Belastungen

AK Arbeits- und Gesundheitsschutz diskutiert notwendige Umsetzung

Von *Ingo Lenz*

Was kann ich tun gegen die ständig neuen Anforderungen? Wie kann ich mich wehren, wenn ich aufgefordert werde, Arbeiten zu verrichten, für die ich nicht ausgebildet bin, um irgendwo Leerstellen im System zu stopfen? Wo bekomme ich Hilfe, wenn mir renitente, auch aggressive Schüler:innen die Ausübung meines Berufes so unendlich schwer machen, oder wenn ein angespanntes Schulklima und Mobbing die pädagogischen Aufgaben zusätzlich erschweren? Aus diesen belastenden Arbeitssituationen resultieren psychische Beanspruchungen, die sich nicht selten in körperlichen und vegetativen Symptomen manifestieren, chronisch werden und zur Arbeitszeitreduzierung oder zum krankheitsbedingten Ausstieg führen.

Arbeitsschutzgesetz erweitert

Dass es im Arbeitssystem nicht nur Unfälle im klassischen Sinne gibt, sondern auch krankmachende Gefährdungen für die psychische Gesundheit, ist seit langen bekannt. 2013 wurde das Arbeitsschutzgesetz durch die Arbeitgeberpflicht zur Beurteilung der psychischen Belastungen bei der Arbeit ergänzt. Dabei gehören die Beurteilung und Bewertung von Arbeitsbedingungen und die Umsetzung adäquater Maßnahmen zur akzeptablen Reduzierung der Beanspruchungen zusammen. Einen Finanzierungsvorbehalt gibt es dabei nicht.

Die Behörde hat diese sinnvollen gesetzlichen Bestimmungen jahrelang ignoriert. Zwar gibt es jetzt, aufgrund der hartnäckigen Intervention des Personalrates, ein erstes Projekt zur Beurteilung psychi-

scher Beanspruchungen an ausgewählten Grundschulen. Angesichts der angespannten Situation in den Bildungseinrichtungen kommen diese Aktivitäten viel zu spät und viel zu langsam. Deshalb haben wir im AK Arbeits- und Gesundheitsschutz diskutiert, wie dieser Rechtsanspruch für alle realisiert werden kann.

Grundsätzlich hat jede Kollegin und jeder Kollege, jeder Fachbereich und jede Schule das Recht, die Beurteilung psychischer Belastungen bei den Schulleitenden einzufordern. Der Arbeitgeber hat daraufhin die Verpflichtung mit dem Personalrat Schulen über die Umsetzung dieser Forderung zu verhandeln. Dazu wollen wir beitragen. ■

Weitere Informationen beim Senator für Finanzen: Handlungshilfe zur Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastung bei der Arbeit (PDF)

Wir trauern um Diethelm Knauf

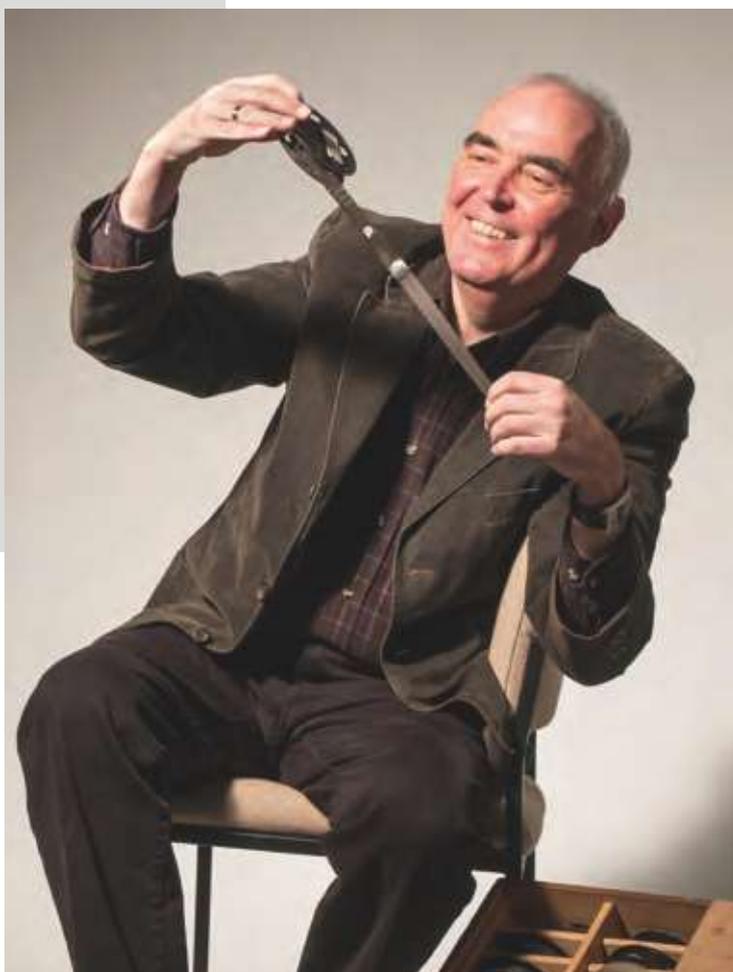
13.11.1952 – 05.11.2022

Von Inge-Voigt-Köhler

„Werfen Sie Ihre alten Filme und Fotos nicht weg, ... sondern bringen Sie sie uns!“ Durch diese Aktion von Diethelm Knauf zusammen mit Radio Bremen haben viele Bremerinnen und Bremer gelernt, wie wertvoll diese Materialien sind. Diethelm zeigte, was man aus historischen Materialien herauslesen und lernen kann. Er brachte damit als engagierter Medienpädagoge und Historiker mit Blick für die Zukunft den Menschen Geschichte nahe. Kurz vor seinem 70. Geburtstag ist unser Kollege Diethelm Knauf am 5. November gestorben.

Nach dem Studium der Anglistik, Geschichte und Politik in Marburg kam er 1978 in den Bremer Schuldienst, wurde Mitte der 1980er Jahre wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Bremer Uni. Das Projekt „Aufbruch in die Fremde“ wäre ohne Diethelm nicht denkbar gewesen. Ende der 1990er Jahre begann er seine Arbeit in der damaligen Landesbildstelle mit dem Landesfilmarchiv und wurde zum Experten für die Sammlung und Verwertung historischen Film- und Bildmaterials. Mit engagierter Produktivität entstanden zahlreiche Buch- und Videopublikationen sowie Vorträge zur Migrations- und Regionalgeschichte. Diethelm dachte sowohl an schulische Bildung als auch an interessierte Bürgerinnen und Bürger, wenn aus historischem Material, oft als Teamarbeit mit Medienproduzenten, Neues entstand. Er hat Archive von einem manchmal leicht staubigen Image befreit und zu einer lebendigen Angelegenheit entwickelt.

Sein Beitrag zur Gewerkschaftsarbeit spielte sich nicht in Gremien ab, sondern in seiner alltäglichen Arbeit, in seinen Vorschlägen und Forderungen, seinen Fragestellungen, in seinem Forschen und in seinem Verhalten seinen Mitmenschen gegenüber. Was die Zusammenarbeit mit Diethelm so bereichernd machte, waren neben seinem umfangreichen Wissen und seinen Einschätzungen seine Kollegialität und Verlässlichkeit. Er hat Menschen ermutigt, etwas zu tun, zu wagen, weiter zu denken. Er war ein kollegialer Mitstreiter für Medienbelange, voller Wertschätzung für Kolleginnen



Diethelm Knauf

und Kollegen und ihre Arbeit, unabhängig von ihrer Position, ihrem beruflichen Status. Ein kritischer Geist mit aufrechem Gang, politisch und parteilich denkend.

Mit Dank, Respekt und schönen Erinnerungen verabschieden sich von Dr. Diethelm Knauf seine Kolleg:innen der früheren Landesbildstelle und des späteren des Zentrums für Medien, seine Historikerkolleg:innen und vielfachen Mitautor:innen bei TV- und DVD-Produktionen aus Bremen und Bremerhaven, seine Kolleg:innen bei seinen vielen Film- und Buchprojekten zur Geschichte Bremens und der Migration, Freund:innen und Weggefährt:innen und seine langjährigen Mitjuror:innen beim Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten und die Bremer GEW. ■

Briefe an die Redaktion

„Mit Pastor Latzel reden?“

Zuschrift von Religionswissenschaftlerin Gabriele Richter zur Debatte über Pastor Latzel und den Rechtsstaat in den Ausgaben 4/22 und 5/22:

„Wie relevant ist der Rechtsstaat?“ Was für eine treffende Frage, dachte ich, als ich den Artikel in der Hand hielt. Ich hatte das erste Verfahren gegen die homosexuellenfeindlichen Äußerungen von Pastor Olaf Latzel beim Amtsgericht verfolgt, in dem er verurteilt wurde. Die Richterin hatte sich gar nicht erst auf das Glatteis religiös-theologischer Argumente eingelassen und das fand ich angemessen. Das Urteil machte deutlich, dass sich Religion und damit religiöse Personen nicht über die freiheitlich-demokratische Grundordnung stellen dürfen – egal welche persönlichen Entscheidungen sie (oder ihre religiöse Gemeinschaft) für ihr Leben treffen.

Dann wurde aber das zweite Urteil im Verfahren vor dem Landgericht gesprochen, das im Kern die Religionsfreiheit betont und Pastor Olaf Latzel erlaubt homosexuellenfeindliche Aussagen zu machen, solange sie von seiner Religion gedeckt sind. Und auch ich hatte den Gedanken, dass es jetzt nur noch eine Frage der Zeit ist, bis sich jemand vor Gericht darauf beruft, dass Religion Gewaltanwendung decken würde. Der grundsätzliche Fehler des Gerichts war, die Frage zuzulassen, was an Latzels Aussagen religiös fundiert sei. Überhaupt Gutachten einzuladen, die diese Frage theologisch klären, ist gelinde gesagt Humbug. Natürlich kann ich in die eine und in die andere Richtung theologische Argumente finden.

In der letzten (und 5.) Ausgabe des bildungsmagaz!ns hat dann ein Martin Korol im Leserbrief in Reaktion auf den o.g. Artikel gefordert, dass man doch besser mit Pastor Latzel reden solle. Wozu? Es ist das Handwerkszeug von Religionsvertretenden, dass sie Schriften auslegen und dann doch recht häufig dort landen, wo sie auch schon vor der Lektüre standen. Korol betont auch, dass Religionsunterricht doch viel zu wenig in Bremen gelehrt würde. Dazu möchte ich anmerken: Wir haben in Bremen an den staatlichen Schulen keinen konfessionellen Religionsunterricht, wie ihn Herr Korol fordert – und dafür bin ich dankbar. Ich unterrichte an der Uni Bremen zukünftige Religionslehrerinnen und -Lehrer. Die Studierenden lernen den Umgang mit religiösen Texten aus religionswissenschaftlicher Sicht. Das meint, dass religiöse Texte immer im Kontext ihrer Entstehungszeit zu sehen sind. Immer wieder bekomme ich in meinen Veranstaltungen zum Alten Testament (AT) zu hören, warum ich so häufig über Götter der Umwelt des AT sprechen

Liebe Leser:innen,
die Redaktion weist darauf hin, daß der Inhalt der Leserbriefe die Ansicht der Einsender:innen wiedergibt, die mit der Meinung der Redaktion nicht unbedingt übereinstimmt. Auf diese Zuschrift wird in der nächsten Ausgabe eine Antwort veröffentlicht.



würde. Da fiel auch schon die Formulierung, warum ich über all die „Götzen“ sprechen würde. Letztlich kann man aber die Texte des Alten Testaments nicht verstehen, wenn man nicht weiß, wie sehr beispielsweise die Sintflutgeschichte mit einem alten mesopotamischen Mythos verwandt ist und wie sehr sich Geschichten im AT auch widersprechen. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die Bücher Esra und Nehemia verbieten die Ehe mit Nicht-Israelitinnen und fordern die Scheidung. Während das biblische Buch Ruth eine einzige nahezu feministische Ode an die Nicht-Israelitin ist. Ein so pauschales Urteil, wie das von Herrn Koroll, dass das AT ein „Handbuch des Patriarchats“ sei, ist falsch, weil es Widersprüche ignoriert und sich dem kritisch-wissenschaftlichen Zugang entzieht, der zwangsläufig viel mehr differenzieren muss.

Und da hat die Frage nach dem Religionsunterricht Überschneidungsflächen mit dem Urteil gegen Olaf Latzel: Öffentliche Einrichtungen in Deutschland haben die Aufgabe, offen zu sein und einseitigen religiösen Narrativen entgegenzuwirken - und nicht zu predigen. Denn sonst wird Hetzpredigt befördert und bequeme, meist bekannte Stereotype der Ausgrenzung werden bedient und laufen Amok im Untergrund, bis sie deutlich und gewaltvoll an die Öffentlichkeit treten.



Geben Sie Kindern eine Zukunft

Kinder leiden am meisten unter den Folgen von Umweltzerstörung und Klimawandel. terre des hommes setzt sich deshalb dafür ein, dass für Kinder das Recht auf eine gesunde Umwelt verwirklicht wird.

 terre des hommes
Hilfe für Kinder in Not

www.tdh.de

Bücher & Medien



zusammengestellt von Wilfried Meyer



Graue Bienen

Andre Kurkow, Diogenes-Verlag,
2021, 13 €

Kurkow, in St. Petersburg geboren, lebt in Kiew, spricht mehrere Sprachen und hat dieses Buch vor dem jetzigen Krieg geschrieben. Der Bienezüchter Sergej lebt im Donbass. Dort wird seit 2014 geschossen, mal von ukrainischen Kämpfern, mal von Separatisten. Sergej hält sich aus allem raus. Er und ein Freund sind die

letzten Bewohner im Dorf, Sergej züchtet Bienen. Eines Tages bricht er mit den Bienen auf, um einen Platz zu suchen, an dem seine Bienen in Frieden Nektar sammeln können. Ein eindringliches Buch im schon vor 2022 schwärenden Krieg, den Westeuropa nicht im Blick hatte.



Die unerlaubte Krankheit

Renate Haidlauf, diagnose:funk
November 2022, 16,90 €

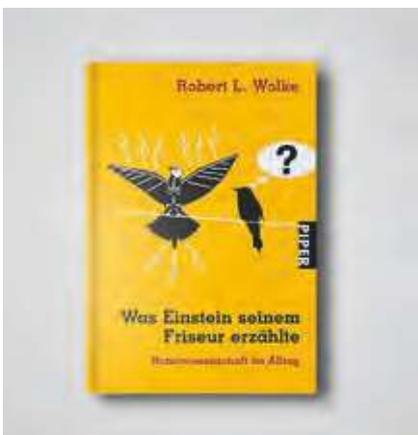
50 Personen - im Alter von 16 bis 81 Jahren - beschreiben ihren Weg in die Elektrohypersensibilität, die Umweltursachen (Handy, WLAN, Sendemasten, ...), ihre Symptome, z. T. ihre Vorbelastungen (Infektionen, Gifte, ihre Entgiftungsfähigkeit, ...), ihre Erfahrungen mit dem sozialen Umfeld und Ärzten. Besonders spannend: ihre Versuche wieder möglichst ‚normal‘ zu

leben: verändertes Verhalten, Wohnungswechsel, medizinische Maßnahmen. Das Buch bietet wichtige aktuelle Aufklärung darüber, dass unsere Grenzwerte nicht schützen. Wichtige Impulse für das eigene Verhalten zum eigenen vorbeugenden Schutz, zur Rücksichtnahme auf Nachbarn, auf Mitreisende.

(Heide Roaten)

Bestellung unter:

www.shop.diagnose-funk.org



Was Einstein seinem Friseur erzählte: Naturwissenschaft im Alltag

Robert Wolke, Piper-Verlag, geb.
Buch, 2008, 13 €, Taschenbuch auch
gebraucht, Audio-CD

Gerade Kinder und Jugendliche werden angesprochen mit naturwissenschaftlichen, kuriosen Fragen: Wieso erhalten Vögel auf der Stromleitung keinen Schlag? Wenn alle Einwohner Chinas aus zwei Meter Höhe auf die Erde springen,

kommt die dann aus dem Gleichgewicht? Fließt das Wasser auf der Süderdkugel andersherum in den Abfluss als bei uns? Warme Luft steigt nach oben, aber in den Bergen liegt oben Schnee? Prima Geschenk für wissbegierige kleine und große Menschen.

(Swantje H.)



Die vierte Gewalt -

Wie Mehrheitsmeinung gemacht wird, auch wenn sie keine ist
 R. D. Precht/ H. Welzer, September 2022, S. Fischer-Verlag, 10 – 22 €

„Die Erregungsmaschinerie aus den sozialen Medien setzt sich in den etablierten Medien fort“ sagt Autor Welzer und formuliert mit Precht zusammen eine fundamentale Kritik an Medien. Der WK fragt, ob nicht Angst bestünde, dass der

rechte Rand diese vereinnahmt unter dem Label „Lügenpresse“ etc. Bei Berichten über Corona, Flüchtlingskrise und Ukraine sehen beide „gewisse Angleichungsmechanismen. Meinungen, die von der Mehrheitsposition der Leitmedien abweichen, wurden negiert, abqualifiziert und diskreditiert.“ An demokratischer (Medien)Debatte Interessierte sollten das Buch lesen bevor sie die Autoren als „Medienclowns“ titulieren.



Manifest für Bildung

Schluss mit der Bildungs-Deform
 Gesellschaft für Bildung und Wissen e.V., 2021

Das Manifest für Bildung zeigt Möglichkeiten auf, dem künstlich erzeugten Dauerdruck der Reform entgegenzuwirken, der Lehrerinnen und Lehrer unter Stress setzt. Das Manifest für Bildung bietet nicht nur einen kritischen Blick auf die Reform, sondern auch Argumente, um der durch

fachliche Entmündigung und systematische Überlastung erzeugten Resignation der Lehrkräfte entgegenzuwirken. Im Endeffekt ist es deren Unterrichtsexpertise, mit der die Qualität des Schulsystems steht oder fällt.

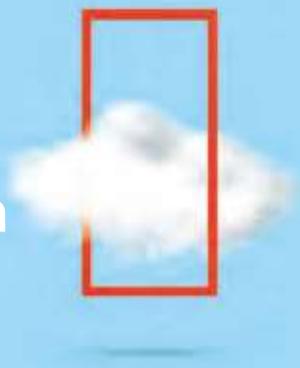
https://bildung-wissen.eu/wp-content/uploads/2021/10/Flugschrift_0_digital.pdf

„Vereine auf Vinyl“ – das vereinsmusikalische Quartett 19,95 €

Spiel zum Mitspielen, Mitsingen und Mithören dank QR-Code. Bestellen bei: <https://konsum.buschfunk.com/vereine-auf-vinyl-das-vereinsmusikalische-quartett.html>

Das Quartettspiel „Vereine auf Vinyl“ feiert die Verbindung von Fußball und Vinylkultur. 16 Vereine machen mit. Eine Alternative zum Katarrh im Winter.





Den Schimmel einfach wegpusten

Politiker fragen nach Sanierung im Bildungsbereich - Frischluft antwortet

Von Wilfried Meyer

Für Sanierfirmen sieht es verdammt gut aus. Und die arme Schere geht in Bremen immer weiter auf. Ein Ende wäre das Ende der Schere. „Schulqualität: Zu den Bedingungen zählen... Gebäude und Außenanlagen, ...“ Soweit zur Einstimmung schon mal etwas Senatorinnenblabla.

Qualitätsbedingung Gebäude

Zu „Merkmale guter Kita/Schule/Uni“ gehören tatsächlich Gebäude. Nehmen wir mal die Uni-Schwimmhalle und den Uni-Sportbereich. Och nö. Gut, dann Schule alter Postweg im Telekomgebäude oder im Container im alten Eisstadion am Osterdeich. Och nö. Gut, dann eben Klassenräume und Treppenhaus an der Brokstraße. Och nö. Hier bleibt Platz frei, da könnt ihr selbst ergänzen:

Hmm, wie wäre es denn mit der Grundschule am Halmerweg, seit 2011 in der Sanierung!! Gut Ding will Weile haben. Aula, Bibliothek, Pergola, Schimmel, Stützbalken und Warnzaun, Turnhalle mit kaputtem Boden, keine Geräteräume, Feuchtbefall im Lehrerzimmer, Verwaltungstrakt nach über 10 Jahren nicht renoviert. Und alles ohne Sondervermögen. Die von der Behörde für die FDP-Anfrage angehängte Liste der Sanierungsbedarfe enthält diese und andere Schulen nicht. Da wär' mal

ein SPD-Tripplwumms nötig. Ach was, das ist Gemecker? Die Wahrheit (der Behörde) sieht nämlich so aus: „Es gibt schüler- und erwachsenengerechte, lernfreundliche Unterrichtsräume, Fachräume und Werkstätten sowie Freizeiträume... Es gibt benutzerfreundliche Außenanlagen, Pausenräume und Gelegenheiten zur Verpflegung, die den Aufenthalt angenehm machen, der Entspannung dienen und vielfältige Kontaktmöglichkeiten zulassen und fördern.“ Ja, so beruhigend ist das. Einer geht noch: Guckt euch die Behörde Remberti 8-12 an, seit zehn Jahren steht da ein Zaun, nun hat es auch noch gebrannt. Och nö.

Qualitätsbedingung Ausstattung

„Die Arbeitsplätze ... erfüllen ... gesundheitliche und funktionale Ansprüche. Die zentralen und dezentralen Arbeitsplätze des pädagogischen Personals sind funktions- und gesundheitsgerecht, sie lassen gemeinsame und individuelle Nutzung zu. Ihre technologische Ausstattung entspricht aktuellen Standards. Die Schule verfügt über eine qualitativ gute Ausstattung. ... Die technische Ausstattung von Fachräumen und weiteren Räumen ist normgerecht und entspricht den Unterrichtserfordernissen.“ Neulich hat der PC 20 Minuten für das Hochfahren gebraucht, aber das war Pech und eine absolute Ausnahme in Bremen. Und was



Das könnte deine Schule sein. (Foto: Wilfried Meyer)

ist mit dem Saubermachen? Behörde: „Die an Schule Beteiligten engagieren sich, um den Zustand von Gebäuden, Räumen und Außenanlagen zu pflegen und zu erhalten.“ Ja, wie sollen wir denn auf das Dach kommen und wie legt man einen Parkettfußboden an, habt ihr noch nie ein Fenster eingesetzt? Jetzt bekommt „multiprofessionell“ eine Bedeutung. Den Schimmel von den Lederpolstern der Turnkästen hab' ich einfach weggepustet. Und jetzt noch einmal zum Mitbrüllen: „Es ist sichergestellt, dass Sanierungs- und Umnutzungsbedarf frühzeitig erkannt wird und entsprechende Maßnahmen eingeleitet oder beantragt werden.“ Davon zeugen ja wohl die 700 Millionen Euro Sanierungsbedarf. „Evaluationen zeigen die Zufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit ... den Bedingungen ihrer Arbeit.“ Und wer das alles geschrieben hat, (Namen der Redaktion bekannt,) der hat doch Drogen genommen und ist von der Ausweisung bedroht. Recht so. Jetzt im Wahlkampf ist uns jede Lüge recht, oder ein neues Schwimmbad am Bahnhof.

Termine



FG Berufsbildende Schulen

Donnerstag, 15. Dezember, 17 Uhr,
GEW-Geschäftsstelle

AK Frauen

Montag, 16. Januar, jeweils 19.30 Uhr,
Videokonferenz. Link und Anmeldung
dazu über info@gew-hb.de

FG Inklusion / Sonderpädagogik

Dienstag, 24. Januar, 18 Uhr,
GEW-Geschäftsstelle

FG Oberschulen / Eine Schule für Alle

Mittwoch, 8. Februar, 17.30 Uhr,
GEW-Geschäftsstelle

Nächste Ausgabe
am 13.02.2023

Schwerpunktthema

Es reicht –

**Bremer Schulbeschäftigte
verlieren die Geduld**

Liebe Leserinnen und Leser, wenn Euch zu
unserem Arbeitstitel etwas einfällt,
dann schreibt uns gerne Eure Ideen an
bildungsmagazin@gew-hb.de

Impressum

bildungsmagazin

November / Dezember 2022
71. (83.) Jahrgang

Herausgeber

Landesverband Bremen der GEW
Bahnhofsplatz 22-28
28195 Bremen

Tel. 0421 337 64-0

Fax 0421 337 64 30

bildungsmagazin@gew-hb.de

www.gew-bremen.de

www.gew-bremerhaven.de

Geschäftszeiten: Mo – Do 9 – 12.30,
13 – 16 Uhr und Fr 8 – 14 Uhr

Redaktion

Susanne Carstensen

Tel. 0152 31882209

susanne2000@gmail.com

Swantje Hüsken

Tel. 0151 10774532

huesken@posteo.de

Karsten Krüger

Geschäftsführender Redakteur

Tel. 0173 6831678

kkrueger@posteo.de

Wilfried Meyer

Tel. 0170 2953984

wilfmey@t-online.de

Werner Pfau

Tel. 0172 1609809

internationales@gew-hb.de

Korrektur

Gerhild Fiege

Verlag

Bonifatius GmbH

Druck – Buch – Verlag

Karl-Schurz-Str. 26

33100 Paderborn

Tel. 05251 153-171

verlag@bonifatius.de

Layout und Gestaltung

das grafik.buero

Kai Becker

Tel. 0173 7458834

www.dasgrafikbuero.net

Anzeigen

Anzeigenpreisliste

Karsten Krüger

Tel. 0173 6831678

kkrueger@posteo.de

Anzeigenschluss

Heft 1 am 31.01.2023

Der Bezugspreis des bildungsmagazins ist im
Mitgliedsbeitrag enthalten.

Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis
jährlich 15,-€ zuzüglich Zustellgebühr inkl.
Mwst.

**Die Redaktion arbeitet laut Satzung
eigenverantwortlich. Die mit dem Namen
der Verfasser:innen oder anderweitig
gekennzeichneten Artikel geben nicht
unbedingt die Meinung der GEW-Gremien
oder der Redaktion wieder.**

Nachdruck – auch auszugsweise – nur nach
Information der Redaktion



www.blauer-engel.de/uz195

- ressourcenschonend und
umweltfreundlich hergestellt
- emissionsarm gedruckt
- überwiegend aus Altpapier

RG4

Papier: Circle Volume, 100%,
Recyclingpapier

Auflage: 5500 Exemplare

**Früher war mehr
Lametta!
Nikolausi? Osterhasi!**

Für die ruhigen
Weihnachtstage,
liebe Leserinnen und Leser,
empfehlen wir Euch
heißen Punch und alte
Aufnahmen von Lorient
und Gerhard Polt

Die Redaktion



Preisrätsel

Nur noch wenige Male werden wir noch wach, dann ist Heiligabend. Und Weihnachten gibt es in der Regel Geschenke. Die bildungsmagaz!n-Redaktion wird drei GEW-Sektflaschen festlich einpacken und dann an Euch, liebe Leserinnen und Leser, verschenken. Die Gegenleistung ist ein Gegengeschenk. Wir wünschen uns kreative Grüße für das neue bildungsmagaz!n-Jahr: Was wollt Ihr 2023 lesen, was gefällt Euch am Magazin, was nicht? Die drei kreativsten Einsender:innen dürfen dann mit erlesenem Gewerkschaftsschaumwein anstoßen.

Zusendung: Per Mail an

bildungsmagazin@gew-hb.de

Die kreativsten Ideen in Heft 1/2023.

Auflösung des Preisrätsels aus Heft 5/2022: 1. Kultusminister Michael Piazzolo (Bayern) „klingt so wie Pizarro“. 2. Kultusminister Grant Hendrik Tonne (Niedersachsen, wird ersetzt durch Julia Hamburg, Grüne) „ist ein Schwergewicht“. 3. Kultusminister Ties Rabe (Hamburg) „hat einen Vogel“.

Viel Spaß und Erfolg
wünscht die Redaktion.

